Meinungen zum Friedensplan der KPD Seite 9

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 37 vom 19. September 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



Kampf der Arbeitsplatzvernichtung! In Eschweiler bei Aachen gingen die Arbeiter und Angestellten des Eschweiler Bergwerks- und Hüttenvereins, der zum ARBED-Stahlkonzern gehört, auf die Straße. Die Konzernherren drohen mit der Stillegung der EBV-Hütte in Eschweiler. Der Kampf der Kollegen in Eschweiler reiht sich ein in viele andere Protest- und Widerstandsaktionen der Arbeiter und Angestellten gegen die Arbeitsplatzvernichtung, die in der Bundesrepublik immer größere Ausmaße annimmt. Weitere Berichte dazu auf Seite 4 in diesem „Roten Morgen".

Eine Welle beschönigender Propaganda soll es vergessen machen

Bonn bezahlte türkischen Militärputsch!

ANKARA/BONN.— In den frühen Morgenstunden des letzten Freitags war es so weit: der Generalstabschef der türkischen Armee, Kenan Evren erfüllte die im Dezember ausgesprochene Drohung und beseitigte die Regierung Demirel, dehnte das Kriegsrecht auf das ganze Land aus, schaffte alle noch bestehenden Freiheiten ab und kündigte eine neue Verfassung an. Die Bonner Reaktion auf diese Vorgänge war entlarvend: eine Allparteienkoalition der Zustimmung überschwemmte das ganze Land, selbst ansonsten etwas liberalere Blätter beschönigten den faschistischen Putsch mit vielen Worten.

Der Grund für diese schamlose Verdrehung der Tatsachen, für diese Propagandalüge eines „demokratischen" oder „notwendigen" Militärputsches liegt ganz einfach darin, daß die sozialliberale Regierung in Bonn in diesen Putsch so eng verwickelt ist, wie nie zuvor bei ähnlichen Vorgängen in anderen Ländern.

Der vom Westen finanzierte 3-Milliarden-Dollar-Kredit wurde nicht nur von der Bundesregierung entscheidend mitfinanziert, sondern Bundesfinanzminister Matthöfer war auch mit der Organisation und Abwicklung des gesamten Geschäfts, entsprechend den Bedingungen des amerikanischen kontrollierten Internationalen Währungsfonds, betraut. Neben der sogenannten Modernisierung der Wirtschaft sollte, das wurde offiziell auch betont, mit diesem Geld auch die türkische Armee, rund 600 000 Soldaten stark, modernisiert werden.

Am Wochenende nun betonten Schmidt, Genscher und Kohl die Notwendigkeit der Fortsetzung dieser sogenannten Türkei-Hilfe. Ihre Begründung, offen und ehrlich in diesem Fall: Die Türkei sei ein strategisch wichtiger Partner der NATO. Und das ist tatsächlich auch der Hintergrund. Der Kampf Millionen türkischer Werktätiger gegen Arbeitslosigkeit, Inflation und politische Entrechtung hatte ein Regime erschüttert, das für die Weltherrschaftspläne Washington umso wichtiger ist, nachdem bereits das Schah-Regime im Iran gestürzt wurde. So gibt die Carter-Regierung auch zu, daß sie bereits vor dem Putsch „informiert" wurde, auch wenn die Vermutung nahe liegt, daß die Information über den Zeitpunkt des Putsches eher aus Washington nach Ankara ging als umgekehrt.

Der Deckmantel, der jetzt über Evrens faschistische Junta gebreitet wird ist die Verhaftung des Faschistenboß Türkesch — ein Schachzug der nichts kostet. Angesichts des Kriegsrechts und Gewerkschaftsverbots wird ein Mann wie Türkesch im Augenblick nicht gebraucht.

Die NATO hat jetzt in der Türkei offen die Macht ergriffen! **Fordern wir gemeinsam mit allen Demokraten:**

Weg mit der Generalsjunta!
Weg mit dem Kriegsrecht!
Schluß mit der Türkei-Hilfe!
Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur türkischen Militärdiktatur!

„Hirtenbriefe" für katholische Kirchen

Bischöfe machen mobil für Strauß

Unverhüllte Wahlhilfe der schwarzen Reaktion

An diesem Sonntag wird in den katholischen Kirchen ein sogenannter Hirtenbrief der Bischöfe verlesen. Sein Thema: die kommende Bundestagswahl. Der Inhalt: eine unverhüllte Wahlunterstützung für Franz Josef Strauß, den starken Mann der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals.

Bei den Bundestagswahlen in den 70er Jahren hatten sich die Bischöfe in ihren „Hirtenbriefen" noch darauf beschränkt, ausschließlich die Teilnahme an der Wahl zu empfehlen („Wahlrecht ist Wahlpflicht"). Im diesjährigen Brief, der von allen Kirchenkanzeln aus verlesen wird, geben die „Hirten" ihrer Herde eindeutige Anweisungen, wo das Kreuz am 5. Oktober zu machen ist. Da wird etwa die bekannte klerikale Schmutzkampagne gegen die Reform des Paragraphen 218 einmal mehr ausgewalzt; die Reform — so heißt es — „gefährdet den Frieden".

Nachdrücklich werden die Gläubigen davor gewarnt, sich durch die Wahl einer falschen Partei zu versündigen: „Der Christ wird bei seiner Wahlentscheidung bedenken, was die Gebote Gottes in der Politik fordern." Und was wären diese „Gebote Gottes"? Zum Beispiel: „Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden." Das aber sind nahezu wörtlich die Forderungen des Wahlprogramms der Unions-Parteien. Auch ohne, daß ein Name im „Hirtenbrief" erwähnt würde, dürfte jeder Kirchgänger somit wissen, wer hier in der Bundesrepublik die „Gebote Gottes" verwirklicht: Strauß.

So zeigt der Hirtenbrief der Bischöfe, daß sich gegenwärtig auch die klerikale Reaktion um den starken Mann aus Bayern zusammenschließt und sich zunehmend als dessen geistliche Hilfstruppe begreift.

Diese Woche

Rekrutengelöbnis in Kamen

Antimilitaristen demonstrierten trotz Verbot

Soldat übergab Protestschreiben

KAMEN.— Trotz Verbot und einem gewaltigen Aufmarsch von Polizei und Bundesgrenzschutz demonstrierten in Kamen am 11. September weit über 1 000 Antimilitaristen gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis. Bei der militaristischen Zeremonie selbst kam es auch aus den Reihen der Soldaten zu einer großen Protestaktion.

Mehrere Organisationen, darunter auch die VOLKSFRONT, hatten zu einer Demonstration in der Kamener Innenstadt gegen das öffentliche Gelöbnis im Jahn-Stadion aufgerufen. Es wurden jedoch sämtliche Demonstrationen mit der haltlosen Behauptung verboten, die Antimilitaristen seien auf gewaltsame Ausschreitungen aus.

In Wahrheit gingen die Provokationen von der Staatsgewalt selbst aus. Aus ganz Nordrhein-Westfalen war Polizei und Bundesgrenzschutz nach Kamen gezogen worden. Tausende uniformierter und ziviler Polizisten und Grenzschutzsoldaten verwandelten Kamen in eine belagerte Stadt. Trotz allem aber kam es am Nachmittag und am Abend zu antimilitaristischen Demonstrationen in der Kamener Innenstadt sowie vor dem Jahn-Stadion.

Während der Verteidigungszeremonie im Stadion trat plötzlich ein Soldat aus der Rekrutenreihe und übergab dem kommandierenden General eine persönliche Protesterklärung gegen das provozierende Militärschauspiel. Bei dem Soldaten handelte es sich um den Vertrauensmann seiner Kompanie.

Die Polizei versuchte wiederholt durch Angriffe auf die Demonstranten, diese zu provozieren. Daß es nicht zu blutigen Zusammenstößen und Straßenschlachten kam, ist einzig der Besonnenheit der Antimilitaristen zu verdanken.

Protestdemonstrationen gegen den Putsch in der Türkei

Zahlreiche Aktivitäten am kommenden Wochenende

Während die herrschende Klasse der Bundesrepublik — mehr oder weniger offen — ihrer Freude und Zufriedenheit über die Entwicklung in der Türkei Ausdruck gibt, hat sich am Wochenende die demokratische und antiimperialistische Bewegung zur Solidarität mit dem kämpfenden Volk in der Türkei bekannt.

Bei schnell organisierten Demonstrationen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik beteiligten sich mehrere tausend Menschen am Protest gegen die faschistische Militärjunta.

Bei diesen verschiedenen Aktionen wurde immer wieder die Unterstützung der Bundesrepublik für diesen Putsch gegeißelt, und gefordert, diese Unterstützung der faschistischen Junta Evrens zu beenden. Bis in die Reihen der SPD-Funktionäre hinein geht dabei die Unzufriedenheit mit dem offenen imperialistischen Kurs der Schmidt, Matthöfer, Apel und Wischnewski, die sich als Verteidiger des neuen Regimes ebenso hervortaten wie Willy Brandt.

Die Auslandsorganisation der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei ruft in dieser Woche zu Demonstrationen auf, die von der KPD unterstützt werden:

Am Donnerstag in Hamburg; am Samstag in Westberlin, Bonn (falls nicht erlaubt in Köln), Mainz, Nürnberg, Hannover, München, Bielefeld, Stuttgart.

Nähere Informationen über Uhrzeit und Ort sind bei den Parteibüros der KPD zu erfragen.



Die Besetzer des Konsulats in Hamburg fordern: „NATO raus aus der Türkei!"

Die Millionen der VOLKSFRONT

Beschlagnahme ihrer Wahlplakate, Hausdurchsuchungen bei ihren Mitgliedern, Einschüchterungsversuche, Zerstörung ihrer Stellschilder, drohende Prozesse, Lügen und Verleumdungen. — Warum diese unverhohlene Wut der Herrschenden, dieser Haß gegen die VOLKSFRONT? — Weil es ihr in relativ kurzer Zeit gelungen ist, die Totschweigetaktik der Bourgeoisie zu durchbrechen. Weil es ihr gelang, zu einer — zwar noch kleinen — doch kraftvollen Truppe im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu werden.

So, daß sich der Herr Bahr (SPD) veranlaßt sah, festzustellen: Bundesweit innerhalb von nur zehn Tagen mindestens 120 000 bis 140 000 Wahlplakate aufzustellen, dazu sei höchstens eine Partei mit einer Million Mitglieder, wie die SPD, in der Lage, keinesfalls aber die „VOLKSFRONT", die „bisherige KPD/ML", die über tausend oder zweitausend Mitglieder verfüge. Im übrigen beliefen sich die Materialkosten für diese Aktion auf mehrere Millionen.

Was heißt hier tausend oder zweitausend Mitglieder der bisherigen KPD/ML? Kennt er die Zahlen seines Amtes für Verfassungsschutz nicht, die von rund 500 Mitgliedern, sprechen? Aber sicher, das hätte die Sache nur noch schlimmer gemacht. Wenn nicht 2 000, wie sollten dann 500 in der Lage sein, solch eine bundesweite Plakataktion durchzuziehen? Armer Egon, er kann einfach nicht begreifen, **daß es da einige tausend VOLKSFRONT-Mitglieder gibt, denen der Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, gegen die Faschisierung und für die Erhaltung des Friedens kein Geschwätz, keine leeren Worte sind. Die bereit sind, dafür nicht nur Hunderte von Mark ihres Lohnes, ihres Gehaltes, sondern auch eines beträchtlichen Teiles ihrer Freizeit zu opfern.**

Und da nicht sein kann, was nicht sein darf, greift man zum altbewährten Mittel der Verleumdung und Lüge! Wie sagte er doch, der Genosse Bahr? Die „VOLKSFRONT der bisherigen KPD/ML" und die der SPD nahestehende Hamburger „Morgenpost" schreibt schlicht und wahrheitswidrig die „zur Bundestagswahl kandidierende kommunistische Partei ,Volksfront'." Was soll man dazu sagen? Daß die KPD/ML inzwischen KPD keinesfalls aber VOLKSFRONT heißt. Daß die VOLKSFRONT, wie klar und eindeutig aus ihrer Satzung, ihren Grundsätzen hervorgeht, keinesfalls eine kommunistische Organisation noch gar Partei ist. Was würde es nützen? Weiß man in Bonn doch ganz genau, wer hinter der VOLKSFRONT steht. Während CDU und CSU sie für eine Tarnorganisatin des KGB, des sowjetischen Geheimdienstes halten, meint Herr Bahr viel- bzw. eindeutig, man wüßte ja, wer hinter dem „Volksfront"-Vorwurf gegen die SPD stünde, die CDU/CSU. Aha, daher die Millionen. Direkt von Strauß. Igitt, wie hinterhältig.

Nun ist es eine offenkundige Tatsache, daß die CDU/CSU die SPD seit geraumer Zeit — sehr zu Unrecht — mit dem Volksfrontvorwurf traktiert. Während CDU-Dregger vor dem „großen antifaschistischen Bündnis aller Linken" warnte, machten Strauß und CDU-Generalsekretär Geißler die SPD-Führung, Brandt und Schmidt für den „Terror der Volksfront" verantwortlich, der sich anläßlich der Demonstrationen gegen F.J. Strauß in Hamburg und Bremen zeigte. Geißler: die SPD sei nicht in der Lage, Volksfrontbündnisse zwischen Kommunisten und linksextremen Teilen ihrer Partei zu verhindern. — Und die SPD-Führung? Sie kneift. Sie katzbukkelt vor der CDU/CSU. So kritisierte Hamburgs SPD-Landes-Geschäftsführer Noll die Beteiligung junger Sozialdemokraten an der Demonstration von über 30 000 Strauß-Gegnern als eine „horrende Eselei". Auf Druck des Parteivorstandes zogen die stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Anti-Strauß-Komitees sowie Aktionsbündnisse mit kommunistischen Gruppen zurück. Und Schmidt empfahl per Großanzeige seinen „lieben jungen Mitbürgern" auf „Demonstrationen gegen diesen Mann" zu verzichten.

Sollen wir warten, bis es zu spät ist?

Logisch, wenn er, wie sein engster Hamburger Parteifreund, SPD-Landesvorsitzender Paulig, **den „Immer-noch-Demokraten Franz Josef Strauß" sich und der SPD für näherstehend hält als „zum Beispiel die Kommunisten"**. Das ist die gleiche Haltung wie die der SPD-Führung vor 1933, die den „Immer-noch-Demokraten" Hindenburg für ihr näherstehend hielt als den kommunistischen Arbeiterführer Ernst Thälmann. Und die Folgen: Hindenburg brachte Hitler an die Macht und Sozialdemokraten und Kommunisten fanden sich gemeinsam wieder in den KZs und sechs Jahre später auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges. **Sollen wir wieder warte, bis es zu spät ist?**

Nicht, daß wir Strauß für einen Hitler hielten, daß sein Machtantritt mit der Situation von 1933 vergleichbar wäre. Doch stehen hinter ihm die gleichen reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals, die auch hinter Hitler standen. Und sicher ist auch, daß der Machtantritt dieses „Immer-noch-Demokraten" die derzeitige Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Massen, die Faschisierung und Militarisierung der Bundesrepublik beträchtlich beschleunigen würde. Und es braucht ja kein neuer Hitler zu sein, eine Notstandsdiktatur, eine Militärjunta à la Pinochet würde genügen, um die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen und Liberale, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen und Kommunisten in die Gefängnisse zu schicken. **Sollen wir warten, bis es wieder zu spät ist?**

Nein! Und deshalb befürworten wir Kommunisten auch den Volksfrontgedanken. Deshalb begrüßten wir auch die vor einem Jahr erfolgte Gründung der VOLKSFRONT als Organisation. Die VOLKSFRONT in deren Grundsätzen es heißt: **„Die VOLKSFRONT ist ein Zusammenschluß von antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen aus allen Schichten unseres Volkes. Sie kämpft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg; für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden."** Die VOLKFRONT, in deren Satzung es heißt: **„Mitglied der VOLKSFRONT kann, unabhängig von Weltanschauung und Religion und Zugehörigkeit zu einer anderen Partei jeder werden, der die Grundsätze und die Satzung der VOLKSFRONT anerkennt."**

Was haben sie dagegen, die Herren, die Genossen Brandt und Bahr, Vetter und Loderer, Mies und Angenfort? **Warum verbieten sie ihren Mitgliedern das Zusammengehen, den Zusammenschluß gegen die Gefahr, die alle bedroht, die Gefahr von Faschismus und Krieg? Haben sie denn aus der Geschichte nichts gelernt?** Es hätte 1932 sehr wohl noch die Möglichkeit gegeben, den Machtantritt des Hitler-Faschismus zu verhindern, wären sich Sozialdemokraten und Kommunisten, die zusammen stärker waren als die NSDAP, einig gewesen. **Wir Kommunisten der Kommunistischen Partei Deutschlands, haben daraus gelernt. Deshalb sind wir auch bereit — ehrlich und uneigennützig — mit jedem, sei er nun Sozialdemokrat oder Christ, sei der Mitglied der SPD, der DKP, eines Zirkels oder einer anderen Partei brüderlich zusammenzuarbeiten im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.**

Deshalb sind wir auch bereit, in der VOLKSFRONT mitzuarbeiten und sie zu unterstützen wie z.B. im Wahlkampf. Sagt sie doch nicht, tritt aus deiner Partei aus, sondern nur: kämpfe im Rahmen der VOLKSFRONT — ob du nun Mitglied bist oder nicht — gemeinsam mit anderen für das Ziel, das euch alle vereint, der Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Läßt sie uns doch die Möglichkeit, außerhalb ihres Anspruchs, ihres verbindenden Rahmens unsere eigenen Anschauungen und Ziele zu propagieren, z.B. die Meinung unserer marxistisch-leninistischen Partei, daß Faschismus und Krieg endgültig nur beseitigt werden können durch die Zerschlagung des kapitalistischen Gesellschaftssystems und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Wenn wir das können, warum können andere das nicht? Die SPD, die DKP, Jungsozialisten, Jungdemokraten, der KB, KABD, KBW oder wie sie alle noch heißen?

Das Verbindende in den Vordergrund stellen

Warum wollen sie — außer denen die es bereits tun — angesichts der Gefahr des Machtantritts der äußersten Reaktion nicht wie wir das Verbindende und nicht das, was uns trennt in den Vordergrund stellen? Weil sie mit unseren politischen und ideologischen Anschauungen nicht übereinstimmen? Das brauchen sie auch nicht. Sie sollen nur mit den wenigen Grundsätzen der VOLKSFRONT übereinstimmen, die sich bewußt beschränken auf den Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, die wachsende Kriegsgefahr. **Meinen sie denn, wir stimmen mit ihnen überein**: den offiziellen Anschauungen der SPD, die sich nicht erst seit Godesberg zu einer Partei des Monopolkapitals gemausert hat; den Kunkeleien, der konzertierten Aktion der oberen Gewerkschaftsführung mit den Herren der Monopole und Banken und ihren Dienern im Staatsapparat, die sich gegen die Arbeiterklasse auswirken; dem Reformismus der DKP, ihrem „realen Sozialismus", der zu Ergebnissen wie in Polen, zum Entstehen einer neuen parasitären bürgerlichen Klasse in den *revisionistischen Ländern* führte und dem Ansehen des Kommunismus in aller Welt ungeheuer geschadet hat; dem Sektierertum und Opportunismus der verschiedenen Zirkel; den religiösen Anschauungen der Christen, immerhin sind wir unverbesserliche Atheisten. **Doch hindert uns das daran, zur Abwehr einer allen drohenden Gefahr mit ihnen zusammenzugehen? Keineswegs!**

Welche Argumente bleiben ihnen gegen den Zusammenschluß aller Antifaschisten in der VOLKSFRONT? Sie seien an deren Gründung nicht beteiligt gewesen? Wir auch nicht. Doch hinderte uns das daran, etwas zu unterstützen was richtig ist? Dadurch sei der Einfluß der KPD in der VOLKSFRONT aber zu stark. Wer hindert sie daran, dies zu ändern, indem sie ihren Mitgliedern empfehlen, in der VOLKSFRONT mitzuarbeiten? Es ist doch geradezu lächerlich, wenn sich die DKP-Führung ereifert, das sei Etikettenschwindel, ein Mißbrauch des heheren Namens VOLKSFRONT, ein Zusammenschluß „versprengter Maoisten". Sie wissen doch genau, daß das nicht stimmt. Haben sie nicht genau wie wir von der VOLKSFRONT-Führung schon vor geraumer Zeit offiziell eine Aufforderung mit der Bitte um Mitarbeit und Unterstützung erhalten? Sollten sie damals gedacht haben, was ist das schon für ein Häufchen, die VOLKSFRONT. Sie haben Gelegenheit, dies zu korrigieren, wie wir unsere Einstellung zu Mao und anderen sektiererische Fehler der Vergangenheit korrigiert haben.

Was hindert sie daran, all die Hunderttausende, Millionen ehrlicher Antifaschisten, Demokraten und Kriegsgegner über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg zu einer Fron[t] des Volkes, der VOLKSFRON[T] zusammenzuschließen? Die wü[tende] Hetze des Gegners, de[r] Strauß und Dregger, der CDU/CSU, der alten und neuen Nazi[s] gegen die VOLKSFRONT, gegen die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, wobei man die mitmachenden Parteilosen, Gewerkschafter und Christen verschweigt? Die Angst in die Eck[e] des sogenannten Linksextremismus, des Radikalismus und Terrorismus gestellt zu werden? Die Masche kennen wir doch. Nichts ist leichter, als in ein[e] Massendemonstration Provokateure und Polizeispitzel einzuschleusen, um labile und verwirrte Elemente wie Anarchos und Spontis zu blindwütigen, nichtsnutzigen Aktionen anzustiften, um dann anschließend behaupten zu können: Da seh[t] ihr, Kommunisten und Sozialdemokraten überfallen Polizisten und stecken Privatautos in Brand. **Sollen wir deshalb auf die Herstellung de[r] Aktionseinheit, auf das Rech[t] der Demonstrationsfreiheit verzichten** oder wie die Frankfurter SPD ihren Mitgliedern empfehlen, anläßlich des Auftretens von Strauß auf Demonstrationen zu verzichten und lieber ins Grüne zu fahren? Krieg und Faschismus werden sie auch im Grünen erreichen.

Vorwärts im gemeinsamen Kampf

Natürlich machen wir uns kein[e] Illusionen mit unserer Aufforderung: macht mit in de[r] VOLKSFRONT wie wir, be[i] den Führern der verschiedenen Parteien und Organisationen *große Erfolge zu haben. Ehe*[r] geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als Helmut Schmidt i[n] die VOLKSFRONT. **Natürlic[h] entsteht die VOLKSFRONT auch nicht allein dadurch, da[ß] man sie propagiert. Sie entsteh[t] und erstarkt im gemeinsame[n] Handeln, in der Aktion, i[m] Kampf für konkrete Forderungen und Ziele.** Warum denn di[e] Wut der Bourgeoisie gegen di[e] VOLKSFRONT im jetzige[n] Wahlkampf? Weil sie sich nich[t] auf Wischiwaschiforderunge[n] wie Frieden und Freiheit, soziale Sicherheit, selbst nicht au[f] die Forderung: Stoppt Strau[ß] — gegen Reaktion, Faschismu[s] und Krieg, beschränkte. Sondern weil sie auf ihren Wahlplakaten konkret wurde. Weil si[e] sich nicht darauf beschränkte zu sagen: sichert den Frieden, sondern die Antwort gab wi[e] das zu machen ist. Indem sie di[e] Forderung stellte, die heut[e] schon viele befürworten, abe[r] nicht auszusprechen wagen: Austritt der Bundesrepubli[k] aus der NATO. Weil sie in ihre[n] Forderungen das aussprach, was viele dachten, aber angesichts der zunehmenden Faschisierung — wie sie sich auch i[n] den Beschlagnahmeaktione[n] gegen die VOLKSFRONT aus[]drückt — nicht mehr zu sage[n] wagten. **Weil sie allein durc[h] ihre Existenz der Volksfront Hetze der Bourgeoisie entgegentrat.**

Sorgen wir dafür, daß di[e]s so bleibt. Daß das, was Strau[ß] und Dregger, aber auc[h] Schmidt und Wehner so fürchten, das „große antifaschisti[]sche Bündnis aller Linken" un[d] nicht nur der Linken zur Wirklichkeit, daß der VOLKS[]FRONT-Gedanke zur materie[l]len Kraft wird, an der Real[]tion, Faschismus und imperiali[]stische Kriege scheitern.

Ernst Au[]

VOLKSFRONT-Transparente waren in den letzten Monaten bei allen antifaschistischen und demokratischen Aktivitäten im ganzen Land dabei, wie hier in Hamburg bei der Demonstration gegen Strauß. Aus diesem Kampf nehmen Mitglieder und Freunde der VOLKSFRONT die Kraft, die die Reaktion so sehr erstaunt.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kurz vorgestellt: VOLKSFRONT-Kandidaten



Edith Jäckel, Angestellte, kandidiert in Waiblingen / Rems-Murr-Kreis

Edith Jäckel ist 37 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Sie arbeitet auf der Post in Waiblingen. Sie ist die Direktkandidatin der VOLKSFRONT im Wahlkreis 168 — Waiblingen/Rems-Murr-Kreis; auf der Landesliste kandidiert sie auf Platz drei.

Mit den Problemen und Nöten der arbeitenden Menschen ist Edith Jäckel nicht zuletzt aufgrund ihrer Berufstätigkeit gut vertraut. Seit sechzehn Jahren arbeitet sich auf der Post, als Briefträgerin, Eilbotin, Paketzustellerin und hinter dem Schalter; zuvor war sie als Kranken- bzw. Nachtschwester tätig.

Sie ist Kreisvorsitzende der VOLKSFRONT in Waiblingen.

„Ich kandidiere für die VOLKSFRONT", sagt Edith Jäckel, „weil die Forderungen der VOLKSFRONT für die Arbeiter am geeignetsten sind. Nehmen wir den sozialen Bereich. Die VOLKSFRONT tritt ein gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und den zunehmenden Abbau sozialer Leistungen. Sie tritt ein gegen die steuerliche Ausplünderung des Volkes und die Aufblähung eines riesigen parasitären Staatsapparates. Sie tritt ein gegen die weitere Arbeitsplatzvernichtung und Ruinierung der Volksgesundheit durch Arbeitshetze und Streß infolge ständiger Rationalisierung.

Für besonders wichtig finde ich die Forderung der VOLKSFRONT nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für ein volles uneingeschränktes Streikrecht und ein gesetzliches Verbot der Aussperrung. Was Einschränkung des Streikrechts und Aussperrung für eine Arbeiterfamilie bedeutet, kenne ich aus eigener Erfahrung. Mein Mann, der in einem Druckereibetrieb arbeitet, war selbst schon während eines Streiks ausgesperrt worden."

Dr. Wolfgang Schulz, Dramaturg und Schauspieler, kandidiert in Würzburg

Dr. Wolfgang Schulz, Dramaturg und Schauspieler, ist 40 Jahre alt. Er ist Vorsitzender der VOLKSFRONT des Landesverbandes Bayern; er steht auf Platz eins der Landesliste und ist Direktkandidat für den Wahlkreis Würzburg.

„Ich bin Schauspieler und Theatermacher, vielen Würzburgern noch als ehemaliger Leiter der ‚Studiobühne Würzburg e.V.' bekannt" schreibt Dr. Schulz in einem Wahl-Extra. „Meine Theaterbesucher wissen, daß ich die Brutalität der Herrschenden, die Habgier der Großkopfeten, den Opportunismus der Parteien und sogenannten Volksvertreter, Lüge und Heuchelei immer aufs Korn genommen habe und nicht hinter vorgehaltener Hand spreche."

„Was einen möglichen Krieg betrifft, vor dem viele heute Angst haben müssen: Man kann ihn nur verhindern, wenn man weiß, wer ihn nicht verhindern wird", schreibt Dr. Schulz. „Werden ihn diejenigen verhindern, die immer mehr Geld für die Rüstung ausgeben? Diejenigen, die Atomraketen auf unserem Boden stationieren wollen? Wird ihn F.J.S. verhindern, der der beste Lobbyist der bayerischen Rüstungsschmiede ist? Sind die gegen Krieg, die Angriffsflugzeuge, genannt ‚Tornados' (!), für 36 Milliarden Mark kaufen, die den Einsatzradius der Bundesmarine vom Nordkap bis zum Kap der Guten Hoffnung ausdehnen wollen, die mit militärischen Mitteln die Ölversorgung sichern wollen? Die Geschichte zeigt, daß Waffen noch immer, so mörderisch sie sein mögen, zum Einsatz gekommen sind. Bezahlen muß sie, zuletzt mit dem Tod, der sogenannte kleine Mann. Das ist auch in der Sowjetunion so, die schändlicherweise Afghanistan überfallen hat; das ist in Polen so, das ist in der DDR so. Auch dort, mehr noch als bei uns, werden die Rechte und Freiheiten des Volkes mit Füßen getreten. Wie dies auch die USA tut, in San Salvador; oder getan hat in Nicaragua; oder geholfen hat, dieses zu tun wie in Chile, dessen Mörderbanden der Kanzlerkandidat sich verbunden weiß. Diese unsere Herren wollen einen Frieden wie auf dem Friedhof, der nicht ohne Krieg zu erreichen ist.

Dagegen möchte die VOLKSFRONT, daß die Bundesrepublik aus der NATO austritt, sich zum neutralen Staat erklärt wie Schweden oder Österreich, daß die Rüstungsausgaben zum Wohle der Bürger begrenzt werden, daß Europa eine atomwaffenfreie Zone wird.

Wahlveranstaltungen der VOLKSFRONT

Bremen:

20. September, 17 Uhr im Schützenhof-Gröpelingen, Brombergstr. 117 — Wahlfest. Es sprechen: Eike Hemmer und die anderen Kandidaten. Musik macht das Ruhrwerk.

Bochum:

21. September, 19.30 Uhr bei Oma Hölscher, Bochumer Str. 110. Mit Eike Hemmer und den Bundestagskandidaten Wilhelm Kolesnyk und Annette Schnoor. Den künstlerischen Rahmen geben Zeitzünder, Elbe 1 und Ernst Volland.

Lübeck:

19. September, 18.30 Uhr in der Aula im Burckhardt-Gymnasium mit der Gruppe Auflauf und mit einer Grafikausstellung von Ernst Volland. Es spricht: Törk Hansen.

Kiel:

20. September um 19.00 Uhr im Werftpark Kiel-Gaarden — Wahlfest. Mit der Gruppe Auflauf und den Bundestagskandidaten.

Hannover:

26. September, 19.30 Uhr im Freizeitheim Linde. Redebeiträge und Kulturprogramm.

Stuttgart:

27. September, 16.00 Uhr in der Turn- und Versammlungshalle, Albstraße 70 in Stuttgart-Degerloch.

Frankfurt:

28. September um 16.00 Uhr im Bürgerhaus Sossenheim. Mit dem Landesvorsitzenden Bernd Götz, der Theatergruppe Hobelbühne und dem Kabarett Ratte und Schmeißfliege.

Hamburg:

30. September, 19.00 Uhr in der Gaststätte Jarrestadt. Es spricht: Eike Hemmer.

Wahlspots der VOLKSFRONT

Termine im Hörfunk:

NDR I Montag, 29.9.1980, 18.20 Uhr (4 1/2 Minuten)
NDR II Mittwoch, 1.10.1980, 11.55 Uhr (4 1/2 Minuten)
WDR II Montag, 29.9.1980, 11.50 Uhr (4 1/2 Minuten)
Saarländischer Rundfunk (SR I) 19.9.1980, 8.05 Uhr (2 1/2 Minuten)
Hessischer Rundfunk 1 24.9.1980, 17.55 Uhr (4 1/2 Minuten)
Radio Bremen 1 24.9.1980, 12.27 Uhr, (2 1/2 Minuten)
Deutschlandfunk 22.9.1980, 17.30 Uhr, (4 1/2 Minuten)
Deutschlandfunk 24.9.1980, 17.30 Uhr (4 1/2 Minuten)
Südwestfunk Baden-Baden III Programm 18.9.1980, 13.07 Uhr, (2 1/2 Minuten)
Südwestfunk 1 Programm 27.9.1980, 7.27 Uhr, (2 1/2 Minuten)
Bayerischer Rundfunk 1 23.9.1980, 11.05 Uhr (4 1/2 Minuten)
Bayerischer Rundfunk 1 25.9.1980, 6.05 Uhr (4 1/2 Minuten)
Bayerischer Rundfunk 1 3.10.1980, 7.10 Uhr (4 1/2 Minuten)
Süddeutscher Rundfunk 1 19.9.1980, 19.27 Uhr, (2 1/2 Minuten)
Süddeutscher Rundfunk 3 23.9.1980, 13.57 Uhr (2 1/2 Minuten)

Termine im Fernsehen:

ARD Donnerstag, 18.9.1980, 20.15 Uhr, (2 1/2 Minuten)
ZDF Mittwoch, 24.9.1980, 21.20 Uhr, (2 1/2 Minuten).
Wir wünschen einen guten Empfang.

Auf frischer Tat ertappt

Auf frischer Tat ertappte an einem Abend in der letzten Woche die Waiblinger VOLKSFRONT-Kandidatin Edith Jäckel zwei Gestalten, die VOLKSFRONT-Plakate überklebten. Edith Jäckel, die gerade von der Arbeit nach Hause fuhr, parkte ihr Auto ab und stellte die beiden zur Rede. „Wir sind von der CDU und zum Überkleben berechtigt", war die Antwort. Ob sie denn nicht wüßten, daß das Zerstören von Wahlplakaten illegal sei, fragte Frau Jäckel, doch alle Vorhaltungen nutzten nichts. „Die Kleber bleiben drauf!" hieß es.

Zufällig kam ein zweites VOLKSFRONT-Mitglied vorbei. Es konnte gehandelt werden. Der Helfer lief nach der Polizei, während Edith Jäckel bei den Plakatschändern verblieb, die ihrer Sache sicher und von der Rechtmäßigkeit ihres Tuns vollständig überzeugt, der Ankunft der Polizei ruhig entgegensahen.

Mit der Ruhe war es vorbei, als die Polizei schließlich erschien, die Personalien feststellte und eine Anzeige Edith Jäckels wegen Beschädigens von Wahlplakaten entgegennahm. „Wieso, wir sind doch von der CDU", stotterten die Jünglinge, aber das Zauberwort fruchtete nichts. „Wir sind doch berechtigt", sagten sie, „wir haben doch Anweisungen bekommen."

An diesem Abend dürfte das Weltbild der ertappten Unionschristen einen leichten Knacks bekommen haben. Und das dicke Ende kommt noch. Wegen illegalen Beschädigens und Überklebens von Plakaten der VOLKSFRONT werden die beiden eine Strafsache an den Hals bekommen. Sie mögen sich dafür bei ihren Parteioberen, die die „Anweisungen" gegeben haben, bedanken. Selbstverständlich muß auch der angerichtete Schaden finanziell voll ersetzt werden.

Spendet für die Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Buchladen Roter Morgen, Bremen	DM 95,—
M. u. R.G., Bielefeld	100,—
RG Uni-Bielefeld	200,—
KPD Münster	500,—
C. u. D.A., Bremen	500,—
KPD Heilbronn	200,—
KPD Konstanz	1.000,—
R.B., Vilshofen	30,—
G.K., Bremen	100,—
KPD Münster	185,—
KPD Frankfurt-Bockenheim	150,—
Kaufhauszelle, Stuttgart	886,—
Veranstaltung der KPD 29.8., Bremen	860,—
R.G., Heidenheim	170,—
Bremer Stadtquerulanten	600,—
Skatrunde Neustadt, Bremen	100,—
KPD Friedrichshafen	400,—
R.B., Vilshofen	30,—
G. u. H.B., Dortmund	1.000,—
Hafenzelle Hamburg	500,—
Zelle Meiderich, Duisburg	700,—
Antikriegstagsveranstaltung Hamburg 30.8.	975,10
insgesamt	DM 9.281,10
Stand der Spendenkampagne am 15.9.80	DM 78.061,12

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Liebe Genossen,
die Beschlagnahmeaktionen und die anderen Schikanen gegen die Wahlbeteiligung der VOLKSFRONT haben ein verhältnismäßig großes Loch in die Wahlkampfkasse der VOLKSFRONT gerissen.

Deshalb rufen wir heute noch einmal alle Freunde und Genossen unserer Partei auf: Tun wir unser Teil dazu, daß das Spendenziel der VOLKSFRONT:

400.000,— DM bis zum 12.10.80

erfüllt wird. Das Geld wird dringend benötigt.

Bitte überweisen an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420 - 467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.



Rund 350 Teilnehmer erlebten die Wahlversammlung der VOLKSFRONT in Dortmund am 14. September, die von großkämpferischem Geist und ausgezeichneten kulturellen und politischen Beiträgen gekennzeichnet war.

Interview mit RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon

Hoesch spielt den Vorreiter gegen Arbeiterrechte

Anläßlich der bevorstehenden Berufungsverhandlung über die Kündigungsschutzklage der beiden entlassenen RGO-Betriebsräte von Hoesch in Dortmund, baten wir Hartmut Siemon, für unsere Leser einige Fragen zu beantworten.

RM: Das Dortmunder Arbeitsgericht hat in erster Instanz eure Entlassung für rechtsunwirksam erklärt. Mit welcher Begründung wollen die Hoesch-Bosse beim Landesarbeitsgericht jetzt ein entgegengesetztes Urteil erwirken?

H. Siemon: Es sind im wesentlichen drei Argumente. Einmal grundsätzlich die unerhörte Behauptung, daß die RGO verfassungsfeindlich sei; Kollegen, die aus ihrer Zugehörigkeit zur RGO kein Hehl machen, könnten daher gewisse Schutzbestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gar nicht in Anspruch nehmen. Zum zweiten. Wir hätten gegen die Geheimhaltungspflicht (§ 79 BetrVG bzw. § 15 Arbeitsordnung Hoesch) verstoßen. Aber in Wirklichkeit liegen weder die materiellen noch die formalen Voraussetzungen für das Zutreffen dieses Paragraphen vor. Zum dritten schließlich sollen wir für die am Betrieb verbreiteten Flugblätter der RGO verantwortlich sein. Käme Hoesch mit diesem letzten Punkt durch, so könnte in Zukunft jedes IG-Metall-Mitglied für Flugblätter der IG Metall verantwortlich gemacht werden! Aber noch einmal zurück zum ersten und grundsätzlichen Punkt. Offenbar spielt Hoesch hier in der Kalkulation der Unternehmerverbände eine Vorreiterrolle, um das Verbot der RGO oder etwas ähnliches anzustreben. Man hat ja bereits angedeutet, daß man gegebenenfalls bis zum Bundesverfassungsgericht gehen will!

RM: Euer Fall hat ein breites Echo gefunden. Nicht nur wegen der Unternehmerwillkür der Hoesch-Bosse, sondern auch, weil hier Betriebsräte, die in der IG Metall organisiert sind, sich geradezu als Einpeitscher dieser Willkür hergegeben haben.

H. Siemon: Empörung hat das Vorgehen bei praktisch allen Kollegen ausgelöst, die sich als oppositionell verstehen. Sie wären die nächsten, die nach RGO-Betriebsräten dieser Willkür ausgesetzt sind. Auch in weiten Kreisen ehrlicher, kämpferischer Betriebsräte aus nahezu allen DGB-Gewerkschaften löste unsere Entlassung Empörung aus. Das zeigen über 2 000 Unterschriften und Dutzende von Solidaritätserklärungen, die wir erhielten.

RM: Im kommenden Frühjahr ist wieder Betriebsratswahl. Wie stehen die Chancen, daß ihr trotz eurer Entlassung wieder als Betriebsräte kandidieren könnt?



H. Siemon: In der letzten Woche habe ich mit dem Kassierer der Ortsverwaltung der IG Metall darüber gesprochen, ob die IGM bereit wäre, einer Einheitsliste der Arbeiter bei Hoesch zuzustimmen. Hans Möller, so heißt der betreffende Funktionär, lehnte dies prinzipiell ab. Es wird also unsere Aufgabe sein, die Kollegen darüber aufzuklären, um nach Möglichkeit doch noch eine Persönlichkeitswahl durchzusetzen. Sollte die Ortsverwaltung dies verhindern, werden wir von der RGO uns bemühen, eine breite oppositionelle Liste zu schaffen. Ich glaube schon, daß wir wieder in den Betriebsrat kommen —, gerade vor dem Hintergrund der von Rohwedder angekündigten weiteren und verschärften Rationalisierung und der Empörung der meisten Kollegen über unseren Rausschmiß.

Berufungsverhandlung Siemon/Bömer gegen Hoesch

Solidarität mit entlassenen Hoesch-Betriebsräten verstärken!

Der vorerst entscheidende Termin im Kampf für die Wiedereinstellung der entlassenen RGO-Betriebsräte bei Hoesch, Hartmut Siemon und Norbert Bömer, steht bevor. Am Mittwoch, den 24. September, findet vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm die Berufungsverhandlung in dem Kündigungsschutzprozeß statt.

Das Urteil, das in dieser Verhandlung gefällt wird, entscheidet praktisch darüber, ob die beiden entlassenen RGO-Betriebsräte rechtzeitig vor der kommenden Betriebsratswahl und auch rechtzeitig für den Kampf zur Abwehr der von Hoesch-Boß Rohwedder angekündigten verschärften Rationalisierungswelle ihre Tätigkeit als Belegschaftsvertreter wieder aufnehmen können.

Die Begründung, mit der Hoesch vom Landesarbeitsgericht eine Absegnung der fristlosen Kündigung erreichen will, zeigt, daß es hier nicht nur um die beiden RGO-Betriebsräte sondern auch um einen Angriff auf alle fortschrittlichen Belegschaftsvertreter und auf die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit überhaupt geht. Deshalb ist es doppelt wichtig, den Kampf für die Wiedereinstellung der beiden Kollegen jetzt zu verstärken!

Diskutiert mit euren Kollegen im Betrieb, in der Gewerkschaft über Solidaritätsmaßnahmen! Kommt, wo es euch irgend möglich ist, zur Berufungsverhandlung nach Hamm! Bringt Kollegen und Freunde mit! Beginn der Verhandlung: Mittwoch, 24. September 1980, 9.00 Uhr, Landesarbeitsgericht Hamm, Marker Allee 94.

Montanmitbestimmung

Overbeck hat die Entscheidung vertagt

DÜSSELDORF.— Ursprünglich wollte Konzernchef Overbeck sein „Umstrukturierungskonzept", durch das der Mannesmann-Konzern aus der Montanmitbestimmung herausfallen würde, am 15. September im Aufsichtsrat absegnen lassen. Jetzt hat Overbeck die Aufsichtsratssitzung auf den 21. November, also bis nach der Wahl, verschoben.

Es heißt, diese Verschiebung gehe auf den Wunsch des sogenannten „neutralen Mannes" im Aufsichtsrat zurück. Bei Mannesmann ist dies der Chef der Westdeutschen Landesbank, Johannes Völling. Völling ist SPD-Mitglied.

Hätte die Aufsichtsratssitzung am 15. September stattgefunden und Völling gegen den Overbeck-Plan gestimmt, so hätte er als Zünglein an der Waage für eine mehrheitliche Ablehnung des Plans im paritätisch besetzten Aufsichtsrat gesorgt. In diesem Fall wäre Overbecks Plan allerdings keineswegs vom Tisch gewesen. Overbeck hätte dann eine außerordentliche Hauptversammlung der Aktionäre einberufen können, um sich den Konzernumbau von diesem Gremium genehmigen zu lassen.

Nun aber wurde die Aufsichtsratssitzung vertagt. Damit ist die Auseinandersetzung aus den „heißen" letzten Wahlkampfwochen herauszunehmen. Das ist sicherlich allen im Bundestag vertretenen Parteien im Moment angenehmer. Aber nicht nur diesen. Auch die IG-Metall-Führung hat an dieser Verzögerungstaktik ein Interesse.

Das „Handelsblatt" deutete dies an, wenn es bemerkt: mit der Vertagung sei *„gleichzeitig dem IG-Metall-Kongreß, der Ende September in Berlin tagt, Wind aus den Segeln genommen"*.

Da ist sicher etwas dran. Denn wenn das abwieglerische Taktieren des IGM-Vorstandes in Bezug auf die Montanmitbestimmung auf dem Gewerkschaftstag zur Sprache kommt, dann wird den Loderer, Mayr und Co. der Wind noch mehr ins Gesicht blasen, als sie schon zu befürchten haben.

Aufgeschoben heißt bekanntlich nicht aufgehoben. Die Konzernherren werden ihre Angriffe auf die Montanmitbestimmung nach der Wahl weiterführen.

Bremer Großwerft AG Weser

Betriebsrat geschlossen zurückgetreten

Belegschaft wehrt sich gegen Massenentlassungen und Lohnabbau

BREMEN.— Der 23 Mitglieder starke Betriebsrat der Bremer Großwerft AG Weser ist aus Protest gegen das Rationalisierungskonzept der Werftherren geschlossen zurückgetreten. Einen Tag nach dem Rücktritt legten mehrere Tausend Werftarbeiter auf der AG Weser aus Solidarität mit dem Betriebsrat kurzfristig die Arbeit nieder.

Die Entscheidung des Betriebsrates fiel am Dienstag vergangener Woche nach einer mehrstündigen Diskussion. Der Beschluß wurde zwar nicht einstimmig, jedoch mit deutlicher Mehrheit gefaßt. Der Betriebsratsvorsitzende Hans Ziegenfuß begründete den Schritt damit, daß die Belegschaftsversammlung sich dem Druck der Geschäftsleitung nicht beugen und keine Maßnahmen mitverantworten wolle, die den Verlust von 500 Arbeitsplätzen und die Degradierung der Werft zum Reperaturbetrieb zur Folge habe.

Der Betriebsrat ist der Auffassung, daß das Vorstandskonzept auf eine Angliederung der Bremer Großwerft an den zweiten AG-Weser-Betrieb, die Werft Seebeck in Bremerhaven, und auf die Zerstörung der Bremer Werft als selbstständigem Schiffbau-Betrieb hinausläuft. Zu dem Konzentrations- und Rationalisierungskonzept gehören ferner auch ein Abbau der Effektivlöhne auf der Bremer Werft.

Die Löhne der Bremer-AG-Weser-Werftarbeiter sind nach einem Haustarif mit Programmlohnsystem geregelt. Nun soll die Entlohnung an die Löhne der Seebeck-Werft angepaßt werden. Nach Schätzung des Betriebsrates bedeutet dies eine Stundenlohnsenkung von einer Mark.

Das Rationalisierungskonzept sieht noch weitere Angriffe auf die Arbeiter vor. So soll die Kantine auf Fernverpflegung umgestellt und die kostenlose Milch für Schweißer abgeschafft werden.

Bei der AG-Weser in Bremen sind gegenwärtig knapp 2 800 Menschen beschäftigt. Die Werft-Herren behaupten, mit ihrem Rationalisierungskonzept und der Entlassung von 500 Beschäftigten ginge es ihnen darum, die restlichen 2 300 Arbeitsplätze zu sichern. Aber diese frommen Sprüche kennt man. Die AG Weser gehört zum Krupp-Konzern. In allen Bereichen von Krupp haben die Konzernherren brutale Rationalisierungsangriffe gestartet, um auf dem Rücken der Beschäftigten höheren Profit herauszuschinden.

Der Warnstreik der Werftarbeiter und das Nein des Betriebsrates zu dem Rationalisierungsplan sind Schritte in der richtigen Richtung. Es ist jetzt an der IG Metall, den Kollegen mit praktischen Maßnahmen den Rücken zu stärken. Zum Beispiel durch die Organisierung von Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben des Krupp-Konzerns und der Bremer Metallindustrie.

Die Zahl der Stillegungen und Entlassungen wächst

Arbeitsplatzkiller schlagen zu

DORTMUND.— Die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise bedroht immer mehr Kollegen mit Entlassung. Woche für Woche schlagen Arbeitsplatzkiller zu.

Allein in den letzten Wochen wurde eine ganze Reihe von Konkursen, Stillegungen und Massenentlassungen bekannt, die Tausende von Arbeitern und Angestellten mit der Gefahr bedrohen, in das Heer der Arbeitslosen gestoßen zu werden. Die im folgenden angeführten Fälle sind nur die bekanntesten. Die Liste ließe sich noch weiterführen.

In **Bremen** beantragte die **„Vereinigte Kammgarn-Spinnerei"** (VKS) den gerichtlichen Vergleich. Der Firma wurde durch die Dresdner Bank der Geldhahn zugedreht. Daß die Spinnerei von einem anderen Unternehmen aufgekauft und weitergeführt wird, gilt als äußerst unwahrscheinlich. Mit ihrer Stillegung stehen 840 Beschäftigte auf der Straße.

In **Eschweiler** bei Aachen droht der Stahlkonzern **ARBED** mit der Stillegung der Hüttenwerke des **„Eschweiler Bergwerks-Vereins"** (EBV). Rund 1 000 Beschäftigte würden ihren Arbeitsplatz verlieren. Am Montag demonstrierte die Belegschaft gegen die Stillegungspläne (siehe auch den unte··tehenden Artikel).

In **Goslar** nahm der **Preussag-Konzern** Proteste der Bevölkerung gegen die Verseuchung der Umwelt mit Schwermetall-Emissionen sowie staatliche Auflagen für einen verbesserten Umweltschutz zum Anlaß, mit der Stillegung seiner dortigen **Zink- und Bleihütte** zu drohen. Eine Stillegung würde die Vernichtung von 1 300 Arbeitsplätzen bedeuten. Gegen diese Drohung kam es zu einer Demonstration in Goslar, an der sich 3 000 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Betrieben beteiligten. Inzwischen hat Preussag die Entlassung von 450 Beschäftigten des Hüttenwerkes angekündigt.

Zwei Drittel von den 2 300 Arbeitsplätzen bei der zusammengebrochenen **Reederei „Hansa"** in **Bremen** sollen vernichtet werden. Zwar hat der Preussag-Konzern 44 Versorgungsschiffe der „Hansa" in seine „Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH" übernommen. Jedoch will der Konzern die übernommenen Schiffe ausflaggen lassen und die bisherigen Besatzungen durch Seeleute aus Südkorea ersetzen, die für geringere Heuer fahren. Besonders skandalös ist, daß das Bundesverkehrsministerium die Schiffe zur Ausflaggung freigegeben hat!

Jede Woche sind es weitere Tausende von Arbeitern und Angestellten, die am eigenen Leib die bittere Erfahrung machen müssen, daß der Kapitalismus ihre berufliche Existenz bedroht, daß es in diesem System ein Recht auf gesicherten Broterwerb nicht gibt.

Stahlarbeiter gingen auf die Straße

„EBV-Hütte muß bleiben!"

ESCHWEILER. — Mit einem Schweigemarsch und einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung protestierten rund 800 Stahlwerker von den Hüttenwerken des Eschweiler Bergwerkvereins (EBV) am Montag vergangener Woche gegen die drohende Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

Die EBV-Hüttenwerke Ermag-Röhren, E-Stahlwerke Pumpe und Bandstahlwerk Aue in Eschweiler bei Aachen, die zum ARBED-Konzern gehören, sind von Stillegung bedroht. Auf Anweisung des Konzernvorstandes durfte der EBV-Vorstand eine bereits mit den Belegschaftsvertretern ausgehandelte Vereinbarung über die Zukunft der Hüttenwerke nicht unterzeichnen.

Durch die Stillegung der Hüttenwerke würden 1 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren und das in einer Region, die nicht zuletzt durch den radikalen Arbeitsplatz-Kahlschlag der ARBED-Stahlbarone von hoher Arbeitslosigkeit geprägt ist.

Dieser Angriff auf die Arbeitsplätze ist um so empörender, als der ARBED-Konzern, nachdem er an der Saar die gesamte Stahlindustrie übernommen und mit ihrer Durchrationalisierung begonnen hatte, vom Staat mit riesigen Subventionen unterstützt wurde.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die IGM-Führung das sogenannte „Sanierungsprogramm" für die saarländische Stahlindustrie, das den ARBED-Bossen eine staatlich subventionierte Arbeitsplatzvernichtung in gewaltigem Umfang ermöglicht, nicht etwa bekämpft sondern unterstützt hat. Die Folge dieses Verrates: Weitgehend ungehindert konnten die ARBED-Herren in der letzten drei Jahren mehr als 20 000 Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie des Saargebietes vernichten.

Die demonstrierenden Kollegen der EBV-Hüttenwerke trugen Transparente mit folgenden Aufschriften: **„Wir wollen unsere Arbeitsplätze behalten!"** — **„Wir fordern EBV-Hütte muß bleiben"**. Um jedoch den Stillegungs- und Rationalisierungsplänen der Stahlbarone konsequent entgegenzutreten, wäre es unbedingt notwendig, daß die IG Metall all Stahlarbeiter in der Bundesrepublik zu gemeinsamen Widerstandsaktionen mobilisiert

Gewerkschaftstag der IG Chemie

Scharfe Kritik am reaktionären Kurs von Hauenschild

Kein Oppositioneller in den Vorstand gewählt

MANNHEIM. — Wie kaum ein Gewerkschaftstag in der Nachkriegszeit war der 11. Kongreß der IG Chemie von scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des reaktionären Konzepts der Sozialpartnerschaft und einer zumeist reformistischen Opposition gekennzeichnet. Mehrmals kam es im Verlauf des Gewerkschaftstages zu regelrechten Tumulten.

Durch verschiedene Vorgänge in den letzten Monaten, über die der RM in Nr. 34/80 ausführlich berichtete (vor allem Hauenschilds putschartige Satzungsänderung in der Vertrauensleute-Frage, die fristlose Entlassung bzw. Kaltstellung der Hauenschild-Kritiker Patschkowski und Plumeyer) war ein Aufbrechen der Widersprüche auf dem Kongreß allgemein erwartet worden.

Am Beginn des Gewerkschaftstages jedoch stand zunächst einmal die massive Wahlwerbung zugunsten der SPD. Nicht nur Schmidt und Wehner, die als Gäste geladen waren, nutzten die Gelegenheit zur Propaganda. Auch IG-Chemie-Boß Hauenschild selbst, wie die meisten Führer der Gewerkschaft, Mitglied der SPD, griff massiv in den Wahlkampf ein. Bemerkenswerter Weise konzentrierte er sich dabei hauptsächlich auf die Hetze gegen sogenannte Splittergruppen, die er als „Anti-Kapitalisten" bezeichnete. Und das war von diesem Herrn offensichtlich als vernichtendes Schimpfwort gemeint. Kein Wunder also, daß ein Hauenschild auch vom Kampf gegen Strauß, den starken Mann der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals nichts hält. Anti-Strauß-Demonstranten beschimpfte er als Hetzer und Krawallbrüder: „Wer Hetztiraden verbreitet, wer Krawalle inszeniert und wer anderer Leute Eigentum beschädigt, mit dem gibt es keine Aktionseinheit — für kein Ziel der Welt und gegen keinen Gegner in der Welt."

Nach diesem Auftakt, mit dem Hauenschild seine Position umrissen hatte, mußte er selbst erst einmal Schläge einstecken. Ein Delegierter nach dem anderen meldete sich mit einer für westdeutsche Gewerkschaftspresse beispiellosen Kritik am Vorsitzenden zu Wort. Hauenschild, der — wie die bürgerliche Presse berichtete — bleich und bewegungslos auf seinem Platz saß, mußte sich sagen lassen, **er spräche nicht mehr die Sprache der Arbeiter, er würde nur um die Gunst der Unternehmer buhlen**, er habe politischen Unverstand, den falschen Umgang und schlechte Berater. **Schließlich wurde dem IG-Chemie-Boß vorgeworfen, er hätte bewußt gelogen und die IG Chemie in den Ruf einer gelben Gewerkschaft gebracht.**

Hauenschilds Gefolgsleute reagierten auf diese berechtigten Angriffe mit tumultartigem Gejohle und sie schlugen zurück — in einer Art, wie man sie bislang nur von den Herren Strauß und Stoiber kannte. Während der Boß selbst sich zunächst bedeckt hielt, verleumdeten seine Leute die Kritiker massiv als Spalter, die die Existenz der IG Chemie aufs Spiel setzen würden. Dabei verstieg sich der frühere Betriebsratsvorsitzende bei BASF, Bauer, zu der ungeheuerlichen Behauptung: „Wir wollen sie (die Spaltung) nicht durch zersetzende Worte herbeireden, damit wir nicht noch einmal durch Spaltung der deutschen Arbeiterschaft ein Drittes Reich erleben müssen." **hier wurde also die Opposition nicht nur zum Spalter, sondern auch noch zum Wegbereiter eines neuen Faschismus gemacht.**

In der Debatte über die grundsätzliche Orientierung der IG Chemie ging das oppositionelle Vorstandsmitglied Plumeyer hart mit der klassenversöhnlerischen Politik der Vorstandsmehrheit um Hauenschild ins Gericht. **Die zentrale Frage wäre, so sagte er, ob man von einem prinzipiellen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausginge.** Man könne nicht auf der einen Seite verkünden, daß die Gewerkschaften Gegenmacht wären, auf der anderen Seite aber Sozialpartnerschaft betreiben. Als typisches Beispiel für eine solche Ausrichtung führte Plumeyer die Tätigkeit des Betriebsrats von Bayer Leverkusen an.

Obwohl es einen Beschluß der IG Chemie gibt, daß Gewerkschafter nicht an Schulungsveranstaltungen der Unternehmer teilnehmen dürfen, hat der Bayer-Betriebsrat, gemeinsam mit der Personalabteilung des Werks für betriebliche Vertrauensleute organisiert. Der Betriebsratsvorsitzende äußerte sich nachträglich im Organ der Bayer-Kapitalisten „Unser Werk" auch noch, er wäre dankbar dafür, daß das Unternehmen von Ideologie freigehaltene problembezogene Schulungen anbiete.

Plumeyer stellte diese Vorgänge in Zusammenhang mit dem System der betrieblichen Vertrauensleute. Dabei handelt es sich um solche Vertrauensleute, die nicht von den Gewerkschaftsmitgliedern allein, sondern von allen Beschäftigten eines Betriebes gewählt werden. Sie haben auch keine gewerkschaftliche Funktion, sondern sind laut den jeweils zwischen den Unternehmensleitungen und den Betriebsräten ausgehandelten Satzungen auch den Interessen der Kapitalisten verpflichtet. Die IG-Chemie-Spitze hat dieses System anerkannt, und mit der oben erwähnten Satzungsänderung hat Hauenschild sogar die Möglichkeit ins Statut der Gewerkschaft aufnehmen lassen, daß solche betrieblichen Vertrauensleute von den Ortsstellenvorständen zu Vertrauensleuten der IG Chemie ernannt werden können.

Protestdemonstration von IG-Chemie-Mitgliedern gegen die Satzungsänderung.

Plumeyer erklärte das System der betrieblichen Vertrauensleute zum „Führungsinstrument" der Unternehmer, mit dem diese Konflikte im Betrieb frühzeitig aufspüren und Solidaritätseffekte in den Belegschaften verhindern könnten. Er wandte sich dabei erneut gegen die Satzungsänderung, die auch in vielen Anträgen an den Gewerkschaftstag verurteilt worden war und forderte ein ausschließlich demokratisches Verfahren bei der Bestellung von Vertrauensleuten: sie müßte durchweg gewählt werden und zwar dürften dabei nur Gewerkschaftsmitglieder das Wahlrecht haben.

Die Vertrauensleute-Frage blieb nahezu im ganzen Verlauf des Kongresses umstritten. Unter dem Druck der scharfen Reaktionen der Basis gegen Hauenschilds Satzungsputsch schon vor dem Gewerkschaftstag hatte sich der Vorstand bereit erklärt, den Einfluß von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern auf die Bestellung der Vertrauensleute auszuscheiden, die Wahl der Vertrauensleute also nur noch für Mitglieder der IG Chemie zuzulassen. Eine entsprechende Änderung aber sollte nach dem Willen des Vorstands erst 1985 vorgenommen werden. **Das war ein unverhohlener Versuch, sich für das entscheidungsträchtige Jahr 1984 noch einmal die dem Vorstand genehmen Delegierten zu sichern.** Denn in diesem Jahr wird wieder der Gewerkschaftstag zusammentreten (dessen Delegierte von den Vertrauensleuten gewählt werden). Für 1984 steht die Wahl des Nachfolgers von Hauenschild an. Außerdem werden dann Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen stattfinden.

Der Vorstand kam mit seinen Absichten jedoch nicht durch. Nach dem Beschluß des Gewerkschaftstags soll die entsprechende Satzungsänderung schon ab 1983 gelten. Durchsetzen konnte sich die Vorstandsmehrheit um Hauenschild allerdings in der Frage des Beschwerdeausschusses. Dieses Gremium hatte seinerzeit die fristlose Entlassung des Verwaltungsstellenleiters von Hannoversch-Münden, Patschkowski, für satzungswidrig erklärt. Der Gewerkschaftstag stimmte jetzt einer Regelung zu, die den Beschwerdeausschuß weitgehend entmachtet. Er kann künftig nicht mehr von gewerkschaftlichen Gremien angerufen werden (nur noch von Einzelpersonen, die „unmittelbar betroffen" sind) und er verliert auch das Recht, Beschlüsse des Hauptvorstandes aufzuheben.

Positiv sind dagegen einige Änderungen in der Funktion des Beirats, des höchsten Gremiums zwischen den Gewerkschaftstagen. Hier haben die kraft ihrer Funktion eingesetzten Beiratsmitglieder (Angehörige des Hauptvorstandes, Bezirksleiter usw.) künftig kein Stimmrecht mehr.

Der mit der größten Spannung erwartete Tagesordnungspunkt des Kongresses war die Vorstandswahl. Drei Angehörige der Opposition hatten ihre Kandidatur angemeldet: Paul Plumeyer (der vom alten Vorstand, dem er ja angehörte, nicht in dessen Vorschlagsliste aufgenommen worden war), Ferdinand Patschkowski und Dieter Kretzscher, der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Mainz. Von den 421 Stimmen entfielen dabei auf Plumeyer 162, auf Kretzscher 129 und auf Patschkowski 99 Stimmen. Damit waren alle drei durchgefallen. Hauenschild hatte zwar auf dem Kongreß wiederholt die „Solidarität und Geschlossenheit" der IG Chemie beschworen, gleichzeitig aber die Abstimmungsmaschine dahingehend ausgerichtet, den Einzug auch nur eines oppositionellen Kollegen in den neuen Vorstand abzuschmettern. So konnte auch Plumeyer nur die Stimmen desjenigen Drittels der Delegierten auf sich vereinigen, das von vornherein seine Kritik an der Politik der IG Chemie unterstützt hatte.

Hauenschild allerdings mußte auch bei der Wahl für den Vorsitzenden bei der es keinen Gegenkandidaten gab, eine empfindliche Niederlage einstecken. Er kassierte 113 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen. **So wurde er nur von 68 Prozent der Delegierten in seinem Amt bestätigt; beim letzten Gewerkschaftstag waren es noch 79 Prozent gewesen. Auch dieses Abstimmungsergebnis macht deutlich: Die Fronten in der IG Chemie bleiben verhärtet. Die reaktionären Hauenschild-Leute werden auch künftig kein leichtes Spiel in der Gewerkschaft haben.**



Rund 3 000 Mitglieder der Postgewerkschaft demonstrierten für Frieden und gegen die NATO-Beschlüsse. Am Wochenende fanden Veranstaltungen „Parteien auf dem Prüfstand" und zur Unterstützung der Völker statt.

3 000 Junggewerkschafter demonstrierten

Post-Gewerkschaftsjugend fordert Abrüstung

DARMSTADT.— „Nie wieder Krieg — nie wieder Faschismus". Rund 3 000 junge Kollegen von der Postgewerkschaft demonstrierten am vorletzten Wochenende in Weiterstadt bei Darmstadt unter dieser Parole. Anlaß für die kämpferische Aktion war die Eröffnung des zweiten Bundesjugendtreffens der Deutschen Post-Gewerkschaft (DPG) in Weiterstadt.

Auf weiteren Spruchbändern und Schrifttafeln forderten die Kollegen: „Für Frieden und Abrüstung — weg mit dem NATO-Beschluß — keine Atomraketen in der BRD!"; „Nein zur Neutronenbombe"; „Für Abrüstung in Ost und West". Auch das Verbot der NPD wurde gefordert.

Auf der Schlußkundgebung sprachen der Bundesjugendausschußvorsitzende der DPG, Rolf Büttner und der DPG-Bundesjugendsekretär Franz Treml. Sie wandten sich gegen die Propagierung eines verschärften Wettrüstens und gegen die Entsendung von Soldaten der Bundeswehr in internationale Krisenzentren. Rolf Büttner forderte eine sofortige Senkung der Rüstungsausgaben.

Das bundesweite Treffen der DPG-Jugend in Weiterstadt dauerte vom 5. bis zum 7. September. Während des Treffens übergab die Bezirksverwaltung der DPG eine Dokumentation über Berufsverbote bei der Post der Öffentlichkeit. Die Broschüre trägt das Motto: „Weg mit den Berufsverboten".

Gewerkschaftstag der Eisenbahner beendet

Auch die GdED fordert gesetzliches Verbot der Aussperrung

WESTBERLIN. — Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner fand vom 8. bis zum 12. September in Westberlin statt. Im Vergleich zur IG Chemie ging es bei den Eisenbahnern ziemlich brav her. Dennoch: Auch auf diesem Kongreß machte sich eine oppositionelle Strömung geltend.

Auch wenn die Führungsspitze der GdED, Ernst Haar und Konsorten, nicht so massiv ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, wie Hauenschild und Co., so zeigten sich doch Widersprüche auf dem Gewerkschaftstag, die auf die Unzufriedenheit an der Basis und den Druck oppositioneller Kräfte zurückzuführen sind.

So gab es heftige Auseinandersetzungen um eine vom Hauptvorstand der GdED angestrebte Satzungsänderung, die eine weitere Einschränkung demokratischer Mitgliederrechte bedeutet hätte. In der bisherigen Fassung des Paragraphen 30 heißt es, daß hauptamtliche Bezirkssekretäre „auf Vorschlag" des Bezirksvorstandes vom Hauptvorstand angestellt werden. Nach der verlangten Änderung hätte er nur noch unverbindlich geheißen: „unter Beteiligung des Bezirksvorstandes". Dieser reaktionäre Vorstoß stieß jedoch auf heftigen Widerstand und kam nicht durch. Es bleibt bei der alten Fassung des Paragraphen 30.

Ein Teil der Delegierten war ferner darüber empört, daß es den Vertretern der Regierung und der Bonner Parteien gestattet wurde, endlose Reden auf ihrem Kongreß zu schwingen, während für die Behandlung der Anträge, Entschließungen und Initiativanträge viel zu wenig Zeit zur Verfügung stand. Ein Antrag, der eine Mehrheit fand, forderte, daß der Tagesordnungspunkt „Anträge" künftig generell nicht mehr an den Schluß von Gewerkschaftstagen gelegt werden soll.

Nicht durchsetzen konnten sich die fortschrittlichen Kräfte auch in der Frage der Berufsverbote. Anstelle von Anträgen, die konsequent die Abschaffung der Berufsverbote forderten, wurde eine opportunistische Entschließung verabschiedet, die Berufsverbote an sich akzeptiert und lediglich verlangt, daß eine Entlassung „nicht wegen einer Mitgliedschaft in einer Partei allein erfolgen" könne.

Unter den positiven Ergebnissen des Gewerkschaftstages ist vor allem zu nennen das gesetzliche Verbot der Aussperrung, das in einer vom Gewerkschaftstag verabschiedeten Entschließung gefordert wird. Der Gewerkschaftstag sprach sich ferner für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für Reallohnerhöhungen aus.

CSU-Boß sieht sich als „Pogrom-Opfer"

Der Rottenführer und die Juden

Engelmann fragt nach der Vergangenheit des Kandidaten

BONN.— Die Unionsparteien zeigen gegenwärtig im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine Ausstellung besonderer Art: Karikaturen und Fotomontagen gegen ihren Kandidaten Strauß. Es geht den Herren von der Union dabei jedoch beileibe nicht um den satirischen Gesichtspunkt der Sache.

Die Ausstellung ist vielmehr nur ein neuer Bestandteil ihrer maßlosen Hetze gegen Strauß-Gegner, mit der ausgerechnet sie — die intimen Freunde und Förderer von faschistischen Banden und Diktaturen in aller Welt — ihre Gegner zu Nazis stempeln wollen. Strauß selbst hat ja bekanntlich Demonstranten, die gegen seine provokativen Wahlkundgebungen antraten, als „beste Schüler von Goebbels" diffamiert. Seinen Generalsekretär Stoiber ließ er erklären, die Hitler-Faschisten wären in erster Linie Sozialisten gewesen.

Jetzt werden in der erwähnten Bonner Ausstellung zwischen die Anti-Strauß-Karikaturen — unter denen sich auch das beschlagnahmte und verbotene VOLKSFRONT-Plakat befindet — die widerwärtigen Zeichnungen aus dem antisemitischen Hetzblatt „Der Stürmer" gehängt, ein Produkt des Hitler-Gefolgsmannes Streicher, der als einer der wenigen Nazi-Verbrecher nach der Befreiung seine gerechte Strafe fand. Die aus der tiefen Sorge um die Erhaltung des Friedens und der ohnehin eingeschränkten demokratischen Rechte entstandenen Karikaturen gegen den Vormarsch der Straußschen Reaktion werden also auf eine Stufe gestellt mit den schlimmsten Machwerken der Hitler-Diktatur. Und Strauß selbst und seine Gefolgschaft werden gegenwärtig nicht müde, bis zum Erbrechen zu wiederholen, der Kandidat würde heute „schlimmer verfolgt als die Juden".

Ausgerechnet Strauß!

Wir wollen hier nicht auf seine Vorliebe für faschistische und rassistische Regime aller Art eingehen. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß der Schriftsteller Bernt Engelmann bei der Vorstellung seines neuen „Schwarzbuchs" über den CSU-Boß einige Fragen gestellt hat, die der Kandidat bislang unbeantwortet ließ. Vor allem: **Wo war der damalige Rottenführer Strauß am 9.11.1938? Wo war er an jenem Tag, als in ganz Deutschland die Synagogen brannten, als die Nazis mit der „Reichskristallnacht" ihr erstes großes Massaker an den Juden verübten?**

Bekannt ist, daß Strauß zu jener Zeit „Rottenführer und weltanschaulicher Referent" des Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps (NSKK) gewesen ist, und zwar im Münchner Sturm 23/m 86. Engelmann wies in seiner Pressekonferenz darauf hin, daß dieses NSKK aktiv an den Judenpogromen vom 9. November 1938 beteiligt war. Das bestätigt auch die Bundeszentrale für Heimatdienst in einer Publikation aus dem Jahr 1953, in der es unter anderem heißt: „Für die mit dem Pogrom verbundene Verhaftungsaktion sollte... die SS als Hilfstruppe der Gestapo fungieren. Doch sie ist dabei kaum hervorgetreten. Die Gestapo, die für eine so umfassende Aktion allerdings viel zu wenig Personal hatte, **zog überwiegend die Partei, die SA und das NSKK zur Unterstützung heran...**"

In diesem Zusammenhang sagte Engelmann: „Es stellt sich somit die Frage an den Kanzlerkandidaten, was er in der Pogromnacht von 1938 gemacht hat. Gab es für ihn damals schon besondere Aufgaben? Hat er eine Rotte angeführt? Oder half er als weltanschaulicher Referent nur bei der ideologischen Vorbereitung des Sturms 23/m 86 auf den feigen und brutalen Überfall, trat dann aber, wie weiland der Judenreferent Dr. Globke in eine Nische?"

Engelmann fragte weiter nach den Aktivitäten von Strauß im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDSTB), dem dieser seit dem November 1937 angehörte. Der Schriftsteller wies darauf hin, daß dieser Bund keineswegs — wie er selbst früher geglaubt hatte — eine Zwangs- und Massenorganisation gewesen wäre. Vielmehr handelte es sich beim NSDSTB um eine ausgesprochene Kader-Organisation der faschistischen Diktatur, die beispielsweise von Rudolf Heß als **„eine Art intellektuelle SS" und „politische Elite" der Hitler-Partei bezeichnet wurde.** Nur etwa jeder 20. Student wurde darin aufgenommen. Für den NSDSTB galt der Befehl: „Die nationalsozialistische Bewegung verlangt von Euch, daß Ihr auf der Hochschule mit Brutalität den Gedanken der Totalität der nationalsozialistischen Erziehung vertretet." Eine der wichtigsten Aufgaben des Studentenbundes waren dabei die Spitzeldienste für das Regime unter der Studentenschaft.

Es ist natürlich fraglich, ob Strauß die Fragen Bernt Engelmanns je beantwortet wird. Er wirft sich ja heute ebenso wie sein Parteifreund Filbinger und andere Typen dieses Schlages in die Pose eines „Widerstandskämpfers". Und Demokraten wie Bernt Engelmann, die immer wieder Tatsachen aus der Vergangenheit des früheren Nazi-Aktivisten Strauß ans Tageslicht fördern, werden von diesem bekanntlich als „Ratten und Schmeißfliegen" begeifert. Wobei dann der Kandidat — der angeblich „von Anfang an überzeugter Gegner der Nazis" war — in die Sprache der Mörder zurückfällt, in die Sprache jener Zeit, wo er selbst noch zur „intellektuellen Elite der SS" gehörte.

Bemerkenswert ist jedoch, daß die Pressekonferenz Engelmanns zwar gut besucht war, daß die Ausführungen des Schriftstellers jedoch in den bürgerlichen Medien nur vereinzelt am Rand registriert, zumeist aber ganz totgeschwiegen wurden. Und das spiegelt genau die politischen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien in den Wochen vor der Wahl wieder. Die der Union nahestehenden Medien sind eh damit beschäftigt, Strauß als den verfolgten Juden unserer Tage aufzubauen, als einen von „Terroristen" und ihren Hintermännern gnadenlos gehetzten „Demokraten". Die SPD-nahen Medien halten sich strikt an das in der Bonner Parteizentrale ausgegebene Motto: „Strauß nicht emporschmähen". Und das bedeutet eben, diesen Mann als „Demokraten" zu akzeptieren und weitgehend auf jede Aufklärung seiner Rolle während der Nazi-Diktatur wie auch seiner Rolle als Kriegsminister im Bonner Staat zu verzichten.

Bei den SPD-Bossen und ihrem Umkreis sind gegenwärtig Enthüllungen über Strauß genauso wenig gefragt wie Demonstrationen, oder sonst ein aktiver Kampf gegen ihn. Totschweigen und stillhalten heißt hier die Parole.

Und das sind die besten Mittel, um Strauß den Weg zu bahnen.





Strauß-Fans fragten — der Kandidat antwortete.

„Bürger fragen —Politiker antworten"

Wahlpropaganda mit handverlesenem Publikum

„Bürger" von der Polizei überprüft

BIELEFELD/NÜRNBERG. „Bürger fragen — Politiker antworten" — so heißt eine ZDF-Sendung zur Wahl, die gegenwärtig allwöchentlich ausgestrahlt wird. Schauplatz der Befragung ist jeweils eine große regionale Tageszeitung, in deren Druckerei sich die Vorsitzenden der Bundestagsparteien den kritischen Fragen der anwesenden „Bürger" stellen sollen.

Inzwischen haben Strauß und Schmidt ihre Auftritte in der Sendung gehabt, Kohl und Genscher werden folgen. Die kritischen Fragen allerdings blieben sowohl beim Kanzler wie auch beim Kandidaten auf der Strecke. An Strauß wurde keine einzige Frage gerichtet, die auch nur durchscheinen ließ, daß der Fragesteller andere Ansichten als der CSU-Boß hätte. Schmidt wurde zwar mit einigen wenigen kritischen Fragen konfrontiert — die kamen aber allzu offensichtlich aus der Ecke der Unions-Parteien. Im großen und ganzen fungierten die Fragesteller ausschließlich als Stichwortgeber, die Strauß und Schmidt die Möglichkeit gaben, in lockerer Form und ungestört durch lästige Einwände Wahlwerbung zu betreiben.

So wurden die Sendungen zur Farce; sie waren nicht Forum einer Auseinandersetzung zwischen Regierenden und Regierten, sondern Propaganda-Shows, wie sie gegenwärtig die Bonner Parteien nahezu täglich auf allen Kanälen des „öffentlich-rechtlichen" Fernsehens eingeräumt werden (während sich etwa die VOLKSFRONT auf beiden Programmen mit insgesamt lächerlichen zehn Minuten Wahlspots begnügen muß). Vor allem die Vorbereitung der erwähnten Strauß-Sendung macht deutlich, warum diese ZDF-Reihe zur Farce werden mußte.

Da war zunächst einmal die Wahl des Aufnahmeorts. Der Kandidat hatte sich bezeichnenderweise geweigert, außerhalb von Bayern den Fragen von „Bürgern" zu begegnen. Ein Auftritt in den Verlagshäusern der Strauß-Spezis in München oder Passau war den ZDF-Machern aber offensichtlich zu peinlich. Das hätte den angeblich kritischen und bürgernahen Charakter der Sendung schon von vornherein entlarvt. Man fand dann jedoch einen anderen Drehort, der auch dem Kandidaten zusagte: die Räumlichkeiten des „Westfalenblatts" in Bielefeld.

Dieses Blatt gilt allgemein als die nördlichste CSU-Zeitung der Bundesrepublik. Und daß es dem Verleger Busse um die Wahrung dieses Rufs ernst ist, bewies er erst im vergangenen Monat, als er ein von der Lokalredaktion geführtes Interview mit dem SPD-Minister Matthöfer wieder aus der Zeitung herausnehmen ließ.

Was nun die Auswahl der 145 „kritischen Bürger" betraf, die dem CSU-Boß ihre Fragen stellen sollten, so lag sie ausschließlich bei Strauß-Fan Busse und seinen Leuten. Die Fragesteller wurden aus dem Leserstamm des „Westfalenblatts" rekrutiert. Und um jede Panne zu vermeiden, wurden dabei nur solche Leser herausgesucht, die den Redakteuren persönlich bekannt waren. Verständlich, daß dabei selbst SPD-Mitglieder weitgehend ausgesiebt wurden und schließlich der harte Kern ostwestfälischer Strauß-Sympathisanten im Wesentlichen die Kulisse für den Auftritt des Kandidaten abgab.

Doch selbst das war den Bossen vom „Westfalenblatt" noch nicht genug. Um auch völlig sicher zu gehen, daß sich nicht doch noch jemand in die Sendung einschleichen könnte, der dem Kandidaten vielleicht eine kritische Frage gestellt hätte, wurde die Teilnehmerliste zur Überprüfung an die Polizei gegeben.

Unter diesen Umständen konnte Strauß dann — immer wieder vom Beifall seiner handverlesenen „Bürger"begleitet — sein Solo geben und sich als gelöster, menschlich und spontan reagierender Politiker geben, der sich mit seinem Publikum einig weiß. So wirkte die ZDF-Sendung daran mit, das wahre Gesicht des Kandidaten zu verschleiern und ihn zu einer annehmbaren Alternative zu Schmidt herauszuputzen.

„Komitee Gastarbeiter für Strauß"

Faschisten helfen dem Kandidaten

„Der Kanzlerkandidat der Unions-Parteien, F.J. Strauß, (ist) kein Feind der Ausländer, wie es in gewissen gewerkschaftlichen Kreisen nahe dem DGB versucht wird, glauben zu machen." Das erklärten zu Beginn dieses Monats Leute, die sich in Ausländerfragen eigentlich auskennen müßten, nämlich ein „Komitee Gastarbeiter für Strauß", dem in der Bundesrepublik lebende Jugoslawen, Spanier, Italiener, Türken usw. angehören. Sollte man den Kandidaten etwa verkannt haben? Entdecken „die Gastarbeiter" ihr Herz für ihn?

Man muß sich nur dieses Komitee einmal etwas genauer ansehen. Eine führende Rolle darin spielen die Italiener Vittorio Bertolani und Bruno Zoratto. Das sind allerdings keine „Gastarbeiter", sie gehören vielmehr zum Heer der ausländischen faschistischen Aktivisten, das sich mit der Billigung des Bonner Staates in diesem Land tummeln kann. Zoratto ist bei den Europawahlen Kandidat der faschistischen Partei MSI gewesen. Daneben ist er Chef der Auslandsorganisation „Comitato Tricolore degli Italiani nel Mondo" (CTIM), die in der Bundesrepublik 25 Stützpunkte unterhält. Aufgabe dieser Organisation, die übrigens eng mit dem „Christlichen Gewerkschaftsbund" zusammenarbeitet, ist es, faschistische Propaganda unter den hier lebenden italienischen Kollegen zu betreiben.

Die Liebe der italienischen Faschisten zu Strauß ist durchaus nicht neu. Besagter Zoratto hat ein ganzes Buch über den Kandidaten geschrieben, der nicht nur für die deutschen, sondern offenbar auch für die ausländischen Faschisten immer mehr zum Idol wird. Titel dieses Werkes: „F.J. Strauß — Kämpfer für ein antikommunistisches Europa". Und darin werden viele Gemeinsamkeiten zwischen dem CSU-Chef und den Faschisten festgestellt. So lobt Zoratto sein Idol beispielsweise, **daß er dazu beitrage, „wachsame Regime wie in Chile und Argentinien zu festigen, und ihnen eine positive und erschütterungsfreie Entwicklung zu sichern, indem er die weltweite Subversion des linken Liberalismus und Sozialkommunismus aller Farben zurückschlägt."**

Aber natürlich bleibt es angesichts solcher Gemeinsamkeiten nicht bei der bloßen Lobhudelei. Mitglieder der faschistischen MSI und der CSU arbeiten gemeinsam in der vom Strauß-Intimus Otto von Habsburg kommandierten „Paneuropa-Union" zusammen. Beim Kongreß dieses Vereins im vergangenen Jahr sprach der italienische Faschist Giovanni de Marco zum Standard-Thema „Ausrottung der Volksfront". **Eine Grundsatzrede auf dem gleichen Kongreß hielt übrigens auch Alfred Dregger — bei einem Wahlsieg von Strauß der neue Innenminister in diesem Land.**

Ein Grauer Wolf packt aus

„Wir haben Todeslisten gehabt . . ."

Verfassungsschutz-Lügen entlarvt

Ali Yurtaslan war juristischer Berater der „Idealistischen Jugendvereine" in der Türkei, besser bekannt unter dem Namen Graue Wölfe. Er hat an wichtigen Beratungen der Führungsspitze der faschistischen Partei MHP teilgenommen, von der die Grauen Wölfe kommandiert werden. Jetzt ist Yurtaslan abgesprungen und hat vor Redakteuren einer türkischen Tageszeitung ausgepackt.

Was er über die terroristische Tätigkeit der MHP und ihrer Jugendorganisation enthüllte, bestätigt einmal mehr, was unsere Partei und andere demokratische Kräfte schon seit Jahren sagen: daß es sich bei der MHP und ihren Grauen Wölfen, die längst auch in der BRD operieren, um faschistische Mörderbanden handelt, denen kompromißlos das Handwerk gelegt werden muß.

Yurtaslans Enthüllungen entlarven auf der anderen Seite die Äußerungen verschiedener Verfassungsschutzämter zum Thema türkische Faschisten in der letzten Zeit als planmäßige und bewußte Lügen. So hatte etwa das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz kürzlich schlichtweg bestritten, daß es in der Bundesrepublik die Grauen Wölfe als Organisation überhaupt gibt. Vielmehr sei „Grauwolf in türkischen Ohren ein schmeichelhafter Ehrenname". Die Herren vom Verfassungsschutz kamen zu der „Erkenntnis", daß sich „die von Kommunisten betriebene Kampagne gegen Graue Wölfe in Wahrheit gegen die antikommunistische, dabei aber westlich orientierte nationalistische Politik der MHP unter Türkes" richte.

Der abgesprungene Graue Wolf erläuterte das Wesen dieser angeblich nationalistischen Politik so: „Sprengstoffattentate auf Richter, Staatsanwälte, Publizisten und alle Andersdenkenden, Massenmorde, Folterungen, Bestechungen, Waffenschmuggel und andere kriminelle Aktionen" sind direkt von der MHP-Spitze geplant und durchgeführt worden.

„Das Gefängnis war ein Rekrutierungsfeld. Wir haben in den Gefängnissen unsere Mitglieder mit Judo, Karate, Bombenherstellung ausgebildet und sie dort ideologisch unterrichtet. Wegen kleiner Delikte verurteilte MHP-Sympathisanten wurden dort zu bezahlten Killern ausgebildet. Alle Befehle kamen direkt von Alparslan Türkes. Cevat Yurdakul, Polizeipräsident von Adana, wurde von meinen Freunden ermordet. Wir haben eine Todesliste gehabt, die mit allen MHP-Vorstandsmitgliedern abgestimmt war. Richter wurden mit Frauen im Bett fotografiert, und unsere Leute haben die Richter dann erpreßt. Waffen für die Attentate kamen direkt von der MHP und den Idealistenvereinen. Von der MHP-Zentrale kamen die Befehle für die Attentate. Offiziere haben uns Waffen geliefert. Waffen wurden aus Deutschland, Frankreich, Belgien und über Bulgarien eingeschmuggelt. Wöchentlich gab es eine Einsatzbesprechung bei Alparslan Türkes, der mit den Vorsitzenden der MHP-Organisationen zusammentraf."

Hierzu muß angemerkt werden, daß sich dieser Mordterror gegen Angehörige des Staatsapparates, von dem Yurtaslan spricht, in erster Linie gegen Leute des früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ecevit gerichtet hat. Das heutige Demirel-Regime dagegen arbeitet eng mit den Terrorkommandos der MHP zusammen. Und das barbarische Morden dieser Banden richtet sich vor allem gegen Kommunisten, Demokraten und Antifaschisten.

Yurtaslan hat in seinen Aussagen auch auf die engen Beziehungen der Türkes-Terroristen zu ihren Komplizen in der Bundesrepublik hingewiesen. **Und hier hat er vor allem einen Namen genannt: die „Türk-Federation" in Frankfurt.** Nun ist es keine unbekannte Tatsache mehr, daß diese völlig legal operierende Zentrale der sogenannten Idealistenvereine in Westdeutschland ein Nest der faschistischen MHP und ihrer Grauen Wölfe ist. Der Frankfurter Schriftsteller Jürgen Roth, der sich besonders ausgiebig mit den türkischen Faschisten beschäftigt hat, legte dafür als Beweis unter anderem die Zeitung „Vatan Hasret", das Organ der „Türk-Federation" vor, in der es in diesem Juni über den letzten Kongreß der „Idealistenvereine" in der Bundesrepublik hieß: **„Alle Delegationsmitglieder, die Graue Wölfe waren, haben gerufen: Die Grauen Wölfe kommen."**

Sedar Celebi, der Boß der „Türk-Federation", war zur Zeit der Ecevit-Regierung Vorstandsmitglied der MHP-Jugendorganisation, also der Grauen Wölfe, im Istanbuler Stadtteil Sisli. Wegen der Ermordung von sieben Menschen wurde seine Gruppe vor Gericht gestellt. Die türkische Zeitung „Cumhuriyet" schrieb am 23. Oktober 1978 darüber: „Nach der Anklageschrift ist die Jugendorganisation der MHP in Sisli in eine bewaffnete Gruppe umgewandelt worden, die den gewaltsamen Sturz des Staates bezweckt." Letzteres müßte genauer heißen: die Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Nachdem die ersten Verhaftungen in Sisli erfolgten, hatte sich Celebi abgesetzt. Er floh in die Bundesrepublik, wo er sofort Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bekam. **Und ein Jahr später konnte er auf einem Kongreß der „Türk-Federation" tönen: „Ich bin voll bereit für den heiligen Krieg."** Wie dieser „heilige Krieg" aussieht, davon zeugen die Morde von Aachen, Berlin, Hannover oder Hamburg, die fast alltäglichen Terrorüberfälle der von der „Türk-Federation" gesteuerten faschistischen Banden auf antifaschistische Kollegen aus der Türkei.

Eine ähnliche Biografie wie Celebi hat auch sein Stellvertreter Ali Batmann. Er war früher in der Türkei Boß der 1978 verbotenen Terrorbande „Ülkü-Ocagi". Über ihn sagt der abgesprungene Graue Wolf Yurtaslan: „Zwischen 1977 und 1979 hat er in der Südtürkei, in Antalya, Isparta, Burdu, Mersin und in der Umgebung die gesamten Zwischenfälle selbst geplant und durchgeführt. Er war der Leiter dieser Aktionen." Auch Batman setzte sich in die Bundesrepublik ab und kann hier heute eine völlig legale Existenz als Terrorist führen.

Er unterhält zu den MHP-Faschisten in der Türkei Beziehungen besonderer Art: er fungiert als Geldbote. Nach Angaben von Yurtaslan übergab er dem Justitiar der Türkes-Bande 2,5 Millionen Lira als Unterstützung für weitere Terroraktionen gegen die Völker der Türkei. Die „Idealistenvereine" in der Bundesrepublik treiben Geldspenden mit der Parole ein: „Jede Mark ist eine Kugel, die in die Köpfe der Kommunisten gehört."

Neben der Türk-Federation ist das „Islamische Kulturzentrum Köln" das wichtigste — und ebenfalls von der MHP kontrollierte — Nest des faschistischen Terrors in der Bundesrepublik. Von Köln aus werden sogenannte Kulturvereine in allen Teilen Westdeutschlands, daneben 160 Gebetshäuser und zahlreiche Koranschulen gesteuert. Welcher Art die „Kultur" ist, die dort gepflegt wird, wurde auf einem Kongreß der „Kulturvereine" in Dortmund so ausgedrückt: „Ecevit ist der niedrigste und gemeinste Mörder. **Wir werden alle Türken niedriger Abstammung ausschalten. Wir werden ganz bestimmt Blut vergießen. Wer kein Mohammedaner ist, wird erstochen."**

Zu diesem und ähnlichen Mordaufrufen sagte übrigens ein Herr Otto Popp vom bayrischen Landesamt für Verfassungsschutz: „Das sind zwar markige Worte, aber irgendwie ist das ja mit dem Koran vereinbar", sei also strafrechtlich „nicht relevant". Man sieht, der Verfassungsschutz verteidigt auch die uneingeschränkte Religionsfreiheit! Und die Mörder des Westberliner IGM-Mitglieds Kesim sind ebenso aus den Gebetshäusern der „Kulturvereine" gekommen wie faschistische Schläger in vielen anderen Städten.

So liegen also die Verbindungslinien der MHP-Faschisten und ihrer Grauen Wölfe zur „Türk-Federation" wie zum „Islamischen Kulturzentrum" völlig offen. Dennoch stellen sich die Bonner Staatsorgane auch weiter blind. Sie leugnen gegen alle Beweise schlichtweg eine organisierte Tätigkeit von MHP und Grauen Wölfen in unserem Land. Besonders die Verfassungsschutzämter sind hier aktiv, indem sie immer wieder nicht nur die Existenz des faschistischen Terrors bestreiten, sondern unermüdlich Material produzieren, nach dem sogenannte Türken-Krawalle von demokratischen und antifaschistischen Kräften provoziert werden.

Vor einigen Wochen ist in Aachen wieder ein junger Antifaschist aus der Türkei von den Kommandos der Grauen Wölfe ermordet worden. Und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Terroristen des Alparslan Türkes in unserem Land wieder zuschlagen. Und es muß festgehalten werden: Für den Tod jedes dieser Kollegen trägt der Bonner Staat die unmittelbare Verantwortung. Das gilt nicht nur für einen notorischen Faschistenfreund wie Strauß, der sich ebenso wie sein Gefolgsmann, der CDU-Bundestagsabgeordnete Schwarz zu vertraulichen Gesprächen mit Türkes getroffen hat. Das gilt genauso für die Bundesregierung und die Spitzen von SPD und FDP, die völlig tatenlos zusehen, wie ein türkischer Arbeiter nach dem anderen von den Mordkommandos der Grauen Wölfe abgeschlachtet wird.

Die türkischen Faschistenbanden müssen endlich verboten werden!



Demonstration gegen die Grauen Wölfe und ihre Tarnorganisationen in Hagen.

Terror der Grauen Wölfe in Bielefeld. Der 15jährige Schüler Hidir Celik wurde lebensgefährlich verletzt.

IG Chemie fordert Maßnahmen gegen Graue Wölfe

Paul Plumeyer hat vor einigen Wochen in seiner Eigenschaft als Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie in einem Brief an Innenminister Baum Maßnahmen zum Schutz der türkischen Kollegen vor den faschistischen Banden gefordert.

In dem Brief heißt es unter anderem: „Wir meinen hier das Anwachsen der Tätigkeiten und der Übergriffe fanatischer türkischer Rechtsextremisten, die in den letzten Jahren zunehmend auch religiöse Komponenten in ihre Propaganda einbeziehen und damit scheinbar ihre gesellschaftliche Isolation durchbrochen haben (...). Verstärkt ist eine anwachsende Atmosphäre der Verunsicherung, des Drucks und Drohungen im Bereich unserer türkischen Mitglieder zu verspüren."

Plumeyer weist darauf hin, daß sich der Terror der Grauen Wölfe zunehmend auch in den Betrieben entfaltet. Als eines von mehreren Beispielen dafür wird ein Überfall von MHP-Leuten auf eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung genannt, bei der die Faschisten eine Messerstecherei begannen. Ergebnis: ein Schwerverletzter und zwei Leichtverletzte.

Mehrere Delegiertenkonferenzen der IG Chemie, so heißt es in dem Brief weiter, hätten schon die Forderung nach einem Verbot der faschistischen türkischen Organisationen gestellt. „Dieser Aspekt der Einbeziehung der ‚Organisation' ist für uns sehr bedeutend, da bekannterweise die Grauen Wölfe bis auf das Zeigen des Symbols ‚Grauer Wolf' sich nicht selbst so beschreiben und eine Organisationsform nicht existiert. Vielmehr liefern offensichtlich die bekannten Idealistenvereine, ihre Dachorganisation Türk-Förderation und die ‚Islamischen Kulturvereine' das ideologische Rüstzeug für die Aktivitäten der Grauen Wölfe und dienen ihnen als Organisationsbasis."

Abschließend fordert Plumeyer im Namen seiner Gewerkschaft den Innenminister noch einmal dringend auf, Schritte gegen die Faschisten zu unternehmen, **„um unserem Land und unseren türkischen Mitbürgern schlimme und tragische Entwicklungen zu ersparen."**

Diese Initiative der IG Chemie ist ebenso zu begrüßen wie die breite Aufklärungsarbeit, die von der IGM-Zeitung „metall" — namentlich durch Artikel ihres Mitarbeiters Jürgen Roth — geleistet wird. Der Kampf gegen die faschistischen Banden aus der Türkei muß gerade in den Gewerkschaften eine noch breitere Basis finden und noch nachdrücklicher geführt werden. Wobei an erster Stelle die Forderung nach einem effektiven Verbot dieser Banden und einer rücksichtslosen Unterdrückung ihrer Aktivitäten stehen muß.

Wie Paul Plumeyer in seinem Brief an Baum schrieb, zielt der Terror der Faschisten auf die Bedrohung und Einschüchterung der türkischen Kollegen (und wie die Erfahrungen gezeigt haben, gehen die Terroristen dabei bis zum kaltblütigen Mord). Nicht umsonst versuchen die Faschisten mit nackter Gewalt, die Arbeiter aus der Türkei von der gewerkschaftlichen Organisierung und damit vom gemeinsamen Kampf an der Seite ihrer deutschen Kollegen abzuhalten. **Denn diese Banden sind ein Stoßtrupp des Kapitals, der die Spaltung zwischen deutschen und Arbeitern aus der Türkei vertiefen und die Kollegen aus der Türkei durch ständigen Terror zum Stillhalten im Klassenkampf und zum Rückzüg in ein türkisches Ghetto zwingen will.**

Genau aus diesem Grund sind sie der westdeutschen Bourgoisie so wertvoll. Und darin liegt die Ursache, daß der kapitalistische Staat dem Treiben dieser Banden tatenlos zuschaut, ihnen eine legale Existenz ermöglicht und sie in vielfältiger Weise fördert und unterstützt. Deshalb wäre es auch verhängnisvoll, darauf zu vertrauen, daß der Bonner Staat aus eigenem Antrieb effektive Schritte gegen die türkischen Faschisten unternehmen würde. **Ein Verbot dieser Banden muß erkämpft werden, und es sind in erster Linie die Gewerkschaften, die hier gefordert sind.**


Massenmörder und Strauß-Freund Türkes (links) bei einer Veranstaltung der Grauen Wölfe in Dortmund.

Die Friedenskämpfer demonstrierten trotz Verbot und Polizeiterror

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Am Donnerstag, den 11. September, wurde die Stadt Kamen bei Dortmund von einem Gespenst heimgesucht: dem Gespenst des Polizeistaates. In Kamen und um Kamen herum: Überall Polizei und Bundesgrenzschutz; außerdem noch Feldjäger der Bundeswehr.

Jedoch konnte weder dieser Aufmarsch der Bürgerkriegstruppen noch das Demonstrationsverbot die Antimilitaristen daran hindern, ihren Protest gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis, einen **promilitaristischen Aufmarsch** anmelden.

Die Stadtherren von Kamen benutzten die angekündigte Faschistendemonstration als billigen Vorwand, um ein generelles Demonstrationsverbot zu verhängen. Angeblich fürchteten sie, daß NPD-Anhänger und Antimilitaristen aneinandergeraten könnten. In Wahrheit ging aber niemand davon aus, daß die Nazis mehr als ein kleines Häufchen auf die Beine bringen würden.

...vorzugehen. Vergeblich. In letzter Instanz entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, daß es bei dem Verbot bleibe. Jetzt wurde als Begründung angeführt, es bestehe der Verdacht, daß die Initiatoren gewalttätige Ausschreitungen planten. Dieser Verdacht war einfach an den Haaren herbeigezogen. Immer wieder hatten die beteiligten Organisationen betont, daß sie eine friedliche Demonstration durchführen wollen.

Jeder, der in das Stadion hineinwollte, mußte durch ein dichtes Polizei-Spalier hindurch. Wer verdächtig erschien, kein Anhänger des Bundeswehr-Militarismus zu sein, mußte umkehren. Jüngere Leute wurden grundsätzlich einer Leibesvisitation unterzogen.

gelöbnis auf die Straße zu tragen.

Verschiedene Organisationen und Gruppierungen hatten gegen das militaristische Schauspiel zu Demonstrationen aufgerufen. Die stärkste und konsequenteste Initiative ging aus von einem Aktionsbündnis, dem neben anderen Organisationen auch die KPD, die Rote Garde sowie die VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg angehörten.

Auf der anderen Seite erdreisteten sich die NPD-Faschisten zu einer Provokation. Sie schickten ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" vor und ließen sie eine Demonstration für das Gelöbnis...

Die Maßnahmen der Staatsgewalt zielten auf die Unterdrückung des antimilitaristischen Protestes. So wurde zum Beispiel bei einem Vertreter des Aktionsbündnisses am Donnerstag vormittag eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Begründung: Es bestehe der Verdacht, daß der Wohnungsinhaber eine Bombe bei sich versteckt habe. Natürlich war das ein haltloser Vorwand. Es handelte sich um jenen Sprecher der Aktionseinheit, der die antimilitaristische Demonstration angemeldet und der auch ein Verbot der Faschistendemonstration beantragt hatte.

Gegen das Demonstrationsverbot versuchten die Antimilitaristen mit juristischen Mitteln

Am Donnerstag zeigte sich dann nur zu deutlich, wer hier auf Gewalt, Provokation und Ausschreitungen aus war: die Staatsgewalt selbst. Sie verwandelte Kamen in eine belagerte Stadt.

Schon am Vormittag patrouillierten Polizei, Bundesgrenzschutz und Feldjäger der Bundeswehr ständig provokativ durch die Straßen. Ab Mittag wurden sämtliche Zufahrtsstraßen nach Kamen von Polizeikräften besetzt. Jedes Auto, das auf die Polizei den Eindruck machte, seine Insassen seien Antimilitaristen, wurde gestoppt und durchsucht. Dabei wurden dann Dinge wie Reparaturwerkzeug, Benzinkanister und dergleichen mehr als „Waffen" beschlagnahmt.

Mindestens 2 000 Mann Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz aus ganz Nordrhein-Westfalen waren nach Kamen zusammengekommen. Es wurden drei „Sicherheitsringe" um den Ort des militaristischen Spektakels, das Jahn-Stadion, gezogen. Das Gebiet unmittelbar um das Stadion wurde zum „militärischen Sicherheitsbereich" erklärt. Letzteres bedeutet, daß das Militär die absolute Kontrolle in diesem Gebiet ausübt, daß die Soldaten das Recht haben, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und daß Fotographieren in diesem Bereich grundsätzlich verboten ist.

Im Stadtzentrum wimmelte es von zivilen Polizisten mit Fotoapparaten und von Agenten der Geheimdienste. Selbst auf Balkonen von Wohnhäusern waren Polizisten postiert. Wasserwerfer standen in Bereitschaft.

Diese widerliche Szenerie, dieses provozierende Hervorkehren bewaffneter Unterdrükkungsmacht, weckte auch unter unpolitischen Kamener Bürgern Empörung. Sogar ein Vertreter der Kaufleute aus der Kamener Innenstadt protestierte voller Entrüstung in der Redaktion der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ): Dieser Polizeiaufmarsch stehe in keinem Verhältnis zum Anlaß. Kein normaler Bürger traue sich mehr in die Innenstadt hinein. Die Kundschaft sei fast gänzlich aus- und der Tagesumsatz gleich Null geblieben...

Wie die Faust aufs Auge passen zu dieser Szenerie die Worte, mit denen Kamens Bürgermeister Ketteler zum „Feierlichen Gelöbnis mit Zapfenstreich" eingeladen hatte: „Die Stadt Kamen ist ein Ort des Friedens und der Freiheit, und sie wird es auch an diesem denkwürdigen 11. September 1980 sein."

Wieder einmal konnte man studieren, was die Herren hier mit Frieden und Freiheit meinen: Militarismus, Polizeistaat und Friedhofsruhe!

Letzteres allerdings konnten sie nicht durchsetzen. Trotz des Polizeiterrors sammelten sich in der Fußgängerzone des Stadtzentrums immer mehr Antimilitaristen. Ihre Zahl wuchs auf knapp 1 500 an. Eine Kundgebung wurde abgehalten und eine Demonstrationszug gebildet, der duch die Innenstadt marschierte, und erst nach einiger Zeit von der Polizei aufgelöst werden konnte.

Die Demonstration verlief friedlich und diszipliniert. Sprechchöre wurde gerufen: „Kein Gelöbnis in Kamen und anderswo!"; „BRD raus aus der NATO!"; „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"

Später strömten am Stadion Menschenmassen zusammen. Es waren sowohl Antimilitaristen, vor allem junge Leute, als auch solche Menschen, die nur aus Neugier kamen. Dann aber auch Bürger und Spießer bornierter militaristischer Gesinnung, die sich an dem Schauspiel im Stadion erbauen wollten. Unter letzteren befanden sich auch Faschisten der NPD bzw. ihrer Jugendorganisation.

Ein riesiges Aufgebot von Bereitschaftspolizei war um das Stadion massiert. Jede Straße, jeder Schleichweg um die Sportstätte war von Polizisten besetzt und kontrolliert. Vor dem Stadion befanden sich nach offiziellen Angaben 1 600 Polizisten. Im Stadion waren 300 Feldjäger im Einsatz. Es gelang nur einem kleinen Teil der Friedenskämpfer, sich Zugang zum Stadion zu verschaffen.

Wer ins Stadion wollte, mußte sich einer Leibesvisitation unterziehen. Immer wieder schleppten Polizisten junge Antimilitaristen in brutaler Weise aus dem Stadionbereich. Vor dem Stadion klangen Sprechchöre auf. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" Mehrere hundert Antimilitaristen hatten sich vor dem Stadion versammelt.

Die Operationen der Polizei zielten jetzt sichtbar darauf ab, eine Straßenschlacht zu provozieren. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Besonnenheit der Demonstranten, obwohl wiederholt Polizeiformationen in die Menschenmenge hineinstürmten und auf sie einprügelten.

An diesem Tag hat Kamen erlebt, was sich hinter der Fassade der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" verbirgt. Polizeistaatliche Unterdrückung der freien Meinungsäußerung. Brutaler Einsatz der Staatsgewalt gegen jeden Protest, der sich gegen die reaktionären, militaristischen Interessen der westdeutschen Imperialisten richtet.

Die Herrschenden wollen den Widerstand des Volkes gegen die Kriegsbrandstifter schon im Keim ersticken. Sorgen wir dafür, daß es ihnen nicht gelingt!



Der Polizeieinsatz in Kamen war der größte, den diese Stadt jemals erlebt hat. Das Vorgehen der Polizisten zielte darauf ab, die friedlichen Demonstranten zu provozieren.



Alle Zufahrtsstraßen nach Kamen waren von Polizeikräften besetzt. Vor allem Autos mit jungen Leuten wurden gestoppt, Autos und Menschen von der Polizei durchsucht. Oft wurden harmlose Gegenstände, z.B. Reparaturwerkzeug oder Benzinkanister, beschlagnahmt.

Klöcknerhütte Bremen

Auseinandersetzung um Betriebsratswahl hat begonnen

Volkskorrespondenz aus Bremen

Liebe Genossen, auf der Klöcknerhütte in Bremen ist die Auseinandersetzung um die nächste Betriebsratswahl schon in vollem Gange. Der Wunsch der großen Mehrheit der Belegschaft nach Persönlichkeitswahl wurde bei den letzten Wahlen durch den Christlichen Metallarbeiterverband zunichte gemacht. Durch Einreichen seiner Liste erzwang er eine Listenwahl.

Dem Wunsch der Belegschaft nach Persönlichkeitswahl trug jetzt eine Gruppe von elf Vertrauensleuten Rechnung. Zur Vertrauensleutevollversammlung am 3.9. legten sie einen Brief an alle Vertrauensleute vor, in dem sie eine Persönlichkeitswahl mit Hilfe einer für alle Kollegen offenen alphabetischen Liste forderten. Weiter hieß es in dem Brief:

„Sollte aber irgendeine Gruppe durch Einreichung einer Liste die Listenwahl erzwingen, sind wir für eine starke, einheitliche IG-Metall-Liste. Eine solche Liste stünde aber auf schwachen Füßen, wenn sie nur durch Abstimmung in der Vollversammlung der Vertrauensleute zustande käme. Man muß vielmehr allen gewerkschaftlich organisierten Kollegen die Möglichkeit geben, an der Aufstellung dieser Liste im Rahmen einer innergewerkschaftlichen VORWAHL teilzunehmen. Das heißt, durch direkte Wahl sollen die Gewerkschaftsmitglieder die besten Kandidaten für die IGM-Einheitsliste nominieren."

Die Vertrauenskörperleitung und der bisherige Betriebsrat werden bei Klöckner von DKP-Leuten beherrscht. Vom Vorschlag der elf Vertrauensleute sind diese Leute überhaupt nicht begeistert. Sie setzen alles daran, die IGM-Liste durch Abstimmung im Vertrauensleutekörper aufzustellen. Denn die Mehrheitsverhältnisse im Vertrauensleutekörper ermöglichen es ihnen, die Liste so aufzustellen, daß kein Kollege einen Listenplatz erhält, der ihnen nicht genehm ist.

Das wissen wiederum die SPD-Leute, von denen einer in der Versammlung kaltschnäuzig erklärte, die SPD-Gruppe würde eine eigene Liste aufmachen, falls sie bei der Wahl im VL-Körper keine günstigen Plätze erhält.

Der Vorschlag für eine gewerkschaftliche Vorwahl ist durch den Brief der elf Vertrauensleute gut zum Tragen gekommen. Man sieht das daran, daß jene Betriebsräte und die VKL, die bekanntermaßen dagegen sind, es nicht wagen, offen dagegen aufzutreten. Einige Betriebsräte haben sich sogar dafür ausgesprochen. Damit die gewerkschaftliche Vorwahl nun nicht stillschweigend der Sabotage zum Opfer fällt, müssen die Kollegen im Betrieb jetzt stärker für diese Forderung mobilisiert werden.

Der Friedensplan der KPD, den das Zentralkomitee unserer Partei vor einigen Wochen verabschiedete, und der bei einer ganzen Reihe von Organisationen und einzelnen Personen auf großes Interesse stieß, hat auch bereits ein Echo in verschiedenen Briefen, Telefongesprächen usw. gefunden.

Der „Rote Morgen" beginnt in seiner heutigen Nummer damit, diese Reaktionen darzustellen. Reaktionen, die aus unterschiedlicher Richtung kommen, die trotz politischer Unterschiede aber die Vorschläge der KPD würdigen und begrüßen! Diese Reaktionen stammen sowohl von Aktivisten revolutionärer und demokratischer Organisationen, von Gewerkschaftsfunktionären, von Schriftstellern, von werktätigen Jugendlichen, die sich um ihre Zukunft sorgen, von älteren Menschen, die die Schrecken des Krieges noch selbst kennen — kurz: aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Wie bereits anläßlich der verschiedenen Parteiveranstaltungen zum Antikriegstag, auf denen der Friedensplan im Mittelpunkt der Debatten stand, zeigt sich, daß das Interesse für diese Vorschläge weit über jenen Kreis hinausreicht, der sich für die Politik der KPD in ihrer Gesamtheit interessiert.

Es ist ein deutlicher Beweis dafür, wie die wachsende Kriegsgefahr heute nicht als kommunistische Propagandalosung verstanden wird, sondern als eine reale Gefahr gesehen wird, und wie die Zahl der Menschen wächst, die der Überzeugung sind, daß dagegen aktives Handeln not tut.

Die ersten Stellungnahmen zum Friedensplan der KPD

Hartmut Siemon, RGO-Betriebsrat bei Hoesch-Union und Direktkandidat der VOLKSFRONT in Dortmund.

Als Kandidat der VOLKSFRONT für die Bundestagswahl 1980 finde ich eine Reihe von Punkten in dem Friedensplan sehr interessant und zwar deshalb, weil sie tatsächlich von konkreten Überlegungen ausgehen, wie der Frieden sicherer gemacht werden kann. Der Friedensplan enthält konkrete Schritte und Maßnahmen, die den Regierungen beider deutschen Staaten und dem Senat von Westberlin als Vorschlag unterbreitet wurden. Über diese Vorschläge muß diskutiert und beraten werden. Es wird sich dabei zeigen, welche politischen Kräfte tatsächlich eine Bereitschaft zeigen, etwas gegen die wachsende Kriegsgefahr und für die Sicherung des Friedens zu tun. Ich würde es für richtig halten, wenn auch nach dem 1. September und über den bis jetzt angesprochenen Kreis hinaus dieser Friedensplan breit in die Betriebe und Gewerkschaften hineingetragen und eine intensive Diskussion unter den Kollegen über seinen Inhalt ausgelöst würde.

Manuela Geißler, 22 Jahre, Buchhändlerin

Da die Gefahr eines neuen, völkermordenden Weltkrieges, durch die skrupellose Machtpolitik der beiden Supermächte USA und Sowjetunion ständig wächst, sind die Forderungen, die die KPD in ihrem Friedensplan stellt, ein wichtiger und notwendiger Schritt, um zu verhindern, daß Deutschland im Falle eines Krieges zum zentralen Schlachtfeld wird, daß Millionen Menschen einen grauenvollen Tod sterben.

Im Interesse der Supermächte, in ihrem Streben nach Weltherrschaft und im Interesse der Monopole dürfen wir uns nicht noch einmal auf die Schlachtbank eines Weltkrieges führen lassen.

Da ich selbst ein Kind erwarte und ich, wie sicher alle Mütter möchte, daß dieses Kind in Frieden aufwächst, kann ich nur sagen: Kämpfen wir zusammen mit allen Menschen, die den Frieden wollen, für die Durchsetzung der Forderungen der KPD — damit es nie wieder Krieg gibt.

Heinrich Schirmbeck
Schriftsteller
Darmstadt

Mitgl. des P.E.N. (BRD) Ord. Mitgl. d. Akademie der Wissenschaften u. d. Literatur, Mainz; der Deutschen Akademie f. Sprache u. Dichtung, Darmstadt; des Akademischen Rates d. Humboldt-Gesellschaft f. Wissenschaft, Kunst u. Bildung.

Meine Stellungnahme zum Friedensplan der KPD"

Der „Friedensplan der KPD" findet meine uneingeschränkte Zustimmung und Unterstützung. Dieser Friedensplan deckt sich in seinen entscheidenden Partien — Abzug aller fremden Truppen von beiden deutschen Staaten; Bündnisreiheit; Neutralität; Entfernung aller ABC-Massenvernichtungswaffen vom Boden beider deutscher Staaten; Abschaffung und Verschrottung aller Angriffswaffen; Verbot jeglichen Waffenexportes etc. — mit den Vorstellungen der Friedensbewegungen und -initiativen wie DFU, Arbeitskreis pro Ökumene, Koordination Ökologie und Frieden, Frauen für den Frieden, BBU, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer (DFG/VK), Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Komitee für Grundrechte und Demokratie und vielen anderen.

Die Zielsetzungen aller dieser Vereinigungen und Bestrebungen mögen in Einzelheiten voneinander differieren: im Grundsätzlichen, nämlich in der Ablehnung der Stationierung von atomaren und sonstigen Massenvernichtungswaffen, der Abrüstung und Neutralität wäre es ohne weiteres möglich, sie auf ein gemeinsames Grundsatzprogramm hin zu koordinieren.

Das entspricht auch dem Ergebnis einer kürzlich stattgehabten Umfrage des Emnid-Institutes, wonach 43 Prozent der Bundesbürger sich für die Neutralität der BRD zwischen den Amerikanern und den Sowjets ausgesprochen haben. Diese 43 Prozent Anhänger einer unabhängigen deutschen Friedenspolitik sind im Bundestag nicht durch einen einzigen Abgeordneten vertreten! Ein wahrhaft absurder Zustand, der nicht für eine gerechte Funktionsfähigkeit der sogenannten parlamentarisch-repräsentativen Demokratie spricht.

Um so wichtiger dieser Friedensplan der KPD, der allen Parteien, Gewerkschaften, Friedensorganisationen etc. zwecks Diskussion und Ausarbeitung von Aktionsprogrammen vorgelegt werden sollte. Er entspricht übrigens den Vorstellungen der Alliierten nach Kriegsende über eine vollständige Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen sollte. Die UdSSR bot in den fünfziger Jahren die Wiedervereinigung, Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands an. Adenauer machte durch seine Wiederaufrüstungspolitik, seine einseitge Bindung an NATO und USA-Imperialismus diese Möglichkeit, die uns Sicherheit, Frieden und Unabhängigkeit garantiert hätte, zunichte. Insofern stellt der Friedensplan der KPD eine Wiederaufnahme dieser damals verspielten Möglichkeiten dar.

Daß unsere militärische Sicherheit als Deutsche und Mitteleuropäer nicht einseitig auf dem unzuverlässigen Fundament einer hegemonistischen amerikanischen Interessen-, Rohstoff- und Energiepolitik mit ihren hohen unabschätzbaren Risiken beruhen kann, diese Erkenntnis dürfte in der naheliegenden Zukunft immer mehr verantwortungsvollen Deutschen bewußt werden. Die Sicherheitspolitik der BRD weiterhin an eine solche riskante Strategie zu ketten, könnte leicht zum atomaren Untergang Deutschlands führen. Es wäre für unsere Zukunft lebenswichtig gewesen, wenn die wiederholten Angebote der UdSSR, Mitteleuropa zu einer neutralen, atomwaffenfreien Zone zu machen, um so den USA nicht die Möglichkeit zu geben, einen nuklearen Schlagabtausch unter Umständen unter Schonung ihres eigenen Staatsgebietes zunächst in Europa stattfinden zu lassen, vom Westen aufgegriffen worden wäre. Wenn die Sowjetunion nicht mehr wie bisher im Rahmen der paritätisch-nuklearen Globalstrategie nur von amerikanischem Boden sondern auch von dem westeuropäischen und insbesondere deutschen NATO-Areal aus vernichtet werden kann, entsteht eine völlig neue Sicherheitssituation für uns Deutsche beiderseits der innerdeutschen Grenze, für deren Bewältigung die bisherigen Konzepte nicht mehr ausreichen. Die Rolle West- und Mitteleuropas im Schlepptau der USA müßte unter den neuen Voraussetzungen völlig neu durchdacht werden.

Auch dazu erscheint mir der „Friedensplan" eine begrüßenswerte Diskussionsgrundlage.



Ein Dokument aus der Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse für den Frieden: die Broschüre über die Europäische Arbeiterkonferenz vom 23. bis 25. März 1951 in Berlin „Schluß mit der Remilitarisierung Deutschlands!" 900 Delegierte aus 19 europäischen Staaten arbeiteten dort drei Tage lang ein Friedensmanifest aus, das von den Delegierten verschiedener parteilicher Richtungen einstimmig verabschiedet wurde.

Vor 28 Jahren

KPD verabschiedete das Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands

Ein Programm für Neutralität, Frieden, Einheit und Demokratie

Im November 1952 beschloß der Parteivorstand der KPD in Düsseldorf auf seiner 7. Tagung das „Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands". Unter den damals herrschenden Bedingungen, des Kurses der Adenauer-Regierung auf die Remilitarisierung des Landes und des Anschlusses an den Militärblock des nordamerikanischen Imperialismus und ausgehend von dem tiefen Wunsch der werktätigen Bevölkerung Deutschlands nach Frieden, war dieses Programm die Antwort der Kommunisten auf die aktuelle Kriegstreiberpolitik der Westmächte.

Dieses Programm der KPD, das auf den Kern der CDU-Politik zielte, wurde vom 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes als Hochverrat verurteilt: Nicht nur Kommunisten, die es verbreiteten, wurden verhaftet und verurteilt, es wurde auch ein Strafverfahren gegen die Programmkommission der KPD selbst eingeleitet.

Der auszugsweise Abdruck des Programms soll dokumentieren, daß die deutschen Kommunisten seit dem 2. Weltkrieg stets konkrete politische Alternativen gegen die imperialistische Blockpolitik gesetzt haben, daß der Friedensplan der KPD in dieser Tradition steht.

Punkte des KPD-Programms 1952

2. Schaffung einer Kommission aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Prüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen in ganz Deutschland, zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und zur Sicherung der Durchführung dieser Wahlen.

3. Beseitigung der Spaltung Deutschlands und Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender und unabhängiger Staat. Das Saargebiet ist ein untrennbarer Bestandteil dieses Staates.

4. Beschleunigter Abschluß eines Friedensvertrages bei Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands.

5. Alle Besatzungstruppen verlassen nach Abschluß eines Friedensvertrages das Territorium Deutschlands.

6. Kein auswärtiger Staat besitzt das Recht, Militärstützpunkte auf deutschem Territorium zu unterhalten.

8. Das deutsche Volk lehnt es ab, sich an Militärbündnissen zu beteiligen, die sich gegen einen anderen Staat richten.

9. Zur Teilnahme an der Viererkonferenz über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird eine gesamtdeutsche Kommission aus Vertretern West- und Ostdeutschlands gebildet, die bei den Verhandlungen an die genannten Grundsätze gebunden ist.

10. Die Nationalversammlung entscheidet über die innerdemokratische und soziale Gestaltung Deutschlands und legt seine Außenpolitik fest.

Jährlich 50 000 Atombomben?

Gegenwärtig sind weltweit 234 Atomkraftwerke in Gang, die eine Leistung von 120 363 Megawatt erbringen. Weitere 227 Reaktoren sind im Bau, mit einer geplanten Leistung von 206 702 Megawatt. Nach einer Studie, die Präsident Carter in den USA in Auftrag gab (International Fuel Cycle Evaluation, INFCE), die die entsprechenden weiteren Planungen, einschließlich etwaiger Widerstände einberechnet, werden so in 20 Jahren jährlich 100 000 Tonnen Uran nötig sein und gefördert werden. Durch die Verarbeitung dieses Materials werden jedes Jahr rund 250 000 Kilogramm Plutonium erzeugt werden — die Nagasaki-Bombe hatt 5 Kilogramm Plutonium! Das heißt, bis zum Jahre 2000 werden die „zivilen" Atomreaktoren eine ausreichende Menge Plutonium erzeugen, um jährlich 50 000 Atombomben dieses Typs zu erzeugen!

Spionagezentrum Atmosphäre

Die beiden Supermächte starteten im Jahre 1979 nicht weniger als 94 militärische Satelliten, davon die USA zehn langlebige, mit bis zu einem halben Jahr Umlaufdauer — und die UdSSR sage und schreibe 84, kurzlebige mit einer bis drei Wochen Umlaufdauer. Ausnahmen dabei sind die sowjetischen Meerebeobachtungs- und Frühwarnsatelliten, die zwischen zwei und 12 Jahren Lebensdauer haben.

Regionale Waffenhändler

Die USA liefern den höchsten Waffenteil nach Nah- und Fernost, mit 61 und 50 Prozent aller dort gekauften Waffen, sowie nach Südamerika mit 21 Prozent. Die UdSSR ist der größte Waffenhändler in Nordafrika mit 62 Prozent, in Südasien mit 42 Prozent und in Mittelamerika mit 45 Prozent. Dabei sind die sowjetischen Waffenlieferungen auf Kuba, Vietnam, Algerien, Lybien, Syrien, Angola und Äthiopien konzentriert, während die US-amerikanischen Waffen in viel mehr Länder gehen. Dahinter hat sich Frankreich auf die dritte Stelle geschoben, das 19 Prozent der Waffen nach Nordafrika, 18 Prozent nach Südasien und 11 Prozent nach Südamerika liefern, und 21 Prozent nach dem subsaharischen Afrika. Mit dem neuen 7-Milliarden-Mark-Auftrag aus Saudi-Arabien und dem kurz vor dem Abschluß stehenden Abkommen mit der Irak wird Frankreich im Nahen Osten im nächsten Jahr Waffenhändler Nummer zwei vor der Sowjetunion werden.

Umwege deutschen Waffenhandels

Daß die westdeutsche Regierung auf dem Papier eine restriktive Verkaufspolitik von Waffen verfolgt, ist spätestens seit den jüngsten Vorfällen um Rheinmetall deutlich geworden, wie auch, daß dies wirklich nur auf dem Papier steht. Schlagendes Beispiel auch die MBB-Waffen wie HOT und MILAN, die gemeinsam mit der französischen Rüstungsfirma Aerospatiale hergestellt werden, und von Frankreich verkauft — MBB streicht mit ein.

Die Drohung vom Dezember wahrgemacht

Faschistischer Militärputsch in der Türkei

Jegliche politische Betätigung verboten

ANKARA. — Was der türkische Generalstabschef Kenan Evren in seiner Denkschrift vom 27. Dezember 1979, angedroht hatte, nämlich im Falle eines „weiteren Versagens" der parlamentarischen Parteien selbst die Macht zu übernehmen, ist nun vollzogen worden. Der Nationale Sicherheitsrat, dem neben Evren auch die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte und der Polizei angehören hat die Macht in der Türkei übernommen.

Die ersten Maßnahmen dieses Rates sind eindeutig: Ausdehnung des Kriegsrechts auf das ganze Land, Verbot der politischen Betätigung für alle Parteien, Verbot der Gewerkschaften, Ausgangssperre, Pressezensur. Die Führer der Gerechtigkeitspartei und die Republikanischen Volkspartei, Demirel und Ecevit, die das Kriegsrecht eingführt bzw. erweitert hatten, wurden ebenso verhaftet wie Hunderte von Parlamentsabgeordente und Parteifunktionäre.

Ausnahme dabei ist Alparslan Türkesch, der Chef der türkischen faschistischen Terrorbanden, der rechtzeitig von seinem ehemaligen Offiziers-Kollegen über den Zeitpunkt des Putsches informiert wurde und erst angeblich ins Ausland geflohen sich jetzt aber gestellt haben soll.

Über weite Teile des Landes wurde nicht nur die Zensur verhängt, sondern sogar eine allgemeine Nachrichtensperre. Es wurde nur lakonisch mitgeteilt, dort fänden „Operationen" statt.

Nach 1960 und 1971 ist dies der dritte Militärputsch in der Türkei innerhalb von nur zwanzig Jahren. Und, wie auch in der westlichen Presse betont wird, sind es zum großen Teil dieselben Generale und Obristen, die am jetzigen Putsch beteiligt sind, wie bereits beim ersten Mal 1960.

Kein Zufall ist es, daß die amerikanische Regierung zugab, bereits vor dem Putsch informiert worden zu sein, und daß man es da nicht einmal für nötig fand, wenigstens zum Schein gegen die Pläne der Putschisten zu protestieren. Kein Zufall ist es auch, daß der Putsch zu einem Zeitpunkt stattfand, da bereits die ersten NATO-Truppen in der Türkei waren, um sich gemeinsam mit der Putschisten-Armee ins „Manöver" zu begeben.

Längst hatten sich die NATO, vor allem die USA, und auch andere internationale Einrichtungen des USA-Imperialismus, wie der Internationale Währungsfonds, zu den wahren Herren der Türkei aufgeschwungen, die dort ganz offen nach eigenem Gutdünken schalten und walten, unter Umgehung der Regierung, engste Beziehungen zur Putsch-Armee unterhalten, und diese für ihre Pläne auch ausgerüstet haben.

Die internationale Finanzhilfe, deren Organisator und Hauptgeldgeber der bundesdeutsche Finanzminister Matthöfer (SPD) ist, dient ja nicht zuletzt der — angeblich wegen einer russischen Bedrohung nötigen — Modernisierung der türkischen Armee. Von deutschen Mark bezahlt, von sozialdemokratischen Ministern beigetrieben sind die Waffen, die nun Evren und seine Kumpane auf die Völker in der Türkei richten.

Die faschistischen türkischen Generale haben für ihr verbrecherisches Treiben dieselbe Begründung wie ihre Gesinnungsgenossen Pinochet in Chile, Vileda in Argentinien und wie die Geschöpfe des amerikanischen Imperialismus sonst noch heißen mögen. Das Chaos habe gedroht, die Parteien seien unfähig gewesen, es zu beseitigen, derTerrorismus blute das Land aus, und dergleichen mehr. **Es sind, das sei angesichts der gegenwärtigen westlichen Heuchelei direkt gesagt, dieselben Vorwände, wie sie immer benutzt werden, genau wie in anderen Ländern verbunden mit dem Versprechen „bald" zur „Demokratie" zurückzukehren. Was für eine Art Demokratie das sein wird, zeigt sich an Evrens Ankündigung, daß die Verfassung aufgehoben ist und eine neue Verfassung ausgearbeitet werden wird.**

Eine Demokratie nach der Art des türkischen Generalstabs und der NATO-Armeen, in der jegliche Opposition blutig unterdrückt werden wird — wie bisher, nur systematischer, blutiger und legalisiert.

Evrens heuchlerischen Angriffen auf den angeblichen Terror von links und rechts, mit denen er natürlich genau auch in die westdeutsche Presse- und Propagandalandschaft paßt, können aber über die bekannten Tatsachen nicht hinweg täuschen.

Wenn er von über 5 200 Toten in den letzten zwei Jahren spricht, so ist bekannt, daß es die Faschisten sind, die Massaker organisiert haben, die mit einem Schlag Hunderte von Menschen bestialisch ermordet haben, wofür Kahramanmaras als Beispiel steht. Ebenso ist es eine Tatsache, daß die Türkesch-Bataillone zu hunderten im Offizierskorps von Evren arbeiten, daß Türkesch selbst schließlich lange Jahre mit Evren zusammengearbeitet hat, als Türkesch noch Oberst war. Die Legende vom Terror, der von beiden Seiten kommt, die ja auch aus der Geschichte deutscher „Vergangenheitsbewältigung" gut bekannt ist, wird angesichts dieser nachprüfbaren Tatsachen zur bloßen Propagandalüge.

Bezeichnend ist, daß es dieselbe Art von Propaganda war, die bereits die beiden ersten Militärputsche vorbereitet und gerechtfertigt hat. Die Geschichte dieser beiden Putsche widerlegt aber ganz klar, entgegen allem was in der Bundesrepublik heute, auch von sogenannten liberalen Zeitungen, behauptet wird, die Behauptung, das türkische Militär sei anders als jenes in Lateinamerika, sei demokratisch gesinnt.

Heute wird geschrieben, Evrens Putsch sei „unblutig" gewesen. Das kann man nur behaupten, wenn man die Augen verschließt vor der Durchdringung der Armee mit faschistischen Terroristen, wenn man nicht verstehen will, was die so bezeichneten „Operationen" in den Gebieten unter Nachrichtensperre bedeutet, wenn man darüber hinwegsieht, wie Evren droht. **Im allgemeinen so Evren in seiner Putsch-Rede im Radio, werde es keine Prozesse geben. Nur gegen jene, die die Gesetze gebrochen hätten und gegen jene, die gegen die neue Ordnung seien. Was ist das anderes als Pinochets und Videlas Verkündigungen der Blutopfer für die „Demokratie"?**

Man sollte auch daran erinnern, daß bei dem Putsch im Jahre 1960 der damalige amtierende konservative Ministerpräsident Menderes von einem Kriegsgericht auf Anweisung des damaligen Generalstabschefs und Oberputschisten Gürsel zum Tode verurteilt wurde, daß in den anderthalb Jahren danach eine mordende Soldateska das Land terrorisiert und, daß es eben zum großen Teil dieselben Leute sind wie damals...

Opfer beider bisheriger Militärputsche waren die Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsbewegung, die jedesmal illegalisiert wurde und die Kommunisten. So soll es auch diesmal sein.

Panzer beherrschen das Straßenbild der türkischen Städte, die von Bonn bezahlte Armee hat die Macht ergriffen.

Evren hatte in seinem Ultimatum vom letzten Dezember in aller Offenheit gesagt, daß die Armee über die Möglichkeit verfüge, auch eine große Masse von „Terroristen" zu beseitigen. Beseitigt werden soll damit der revolutionäre Kampf der Werktätigen der Türkei gegen die Herrschaft des Imperialismus und der Reaktion, die im Dienste des US-Imperialismus steht.

Die USA, die 5 Prozent des Territoriums der Türkei mit ihren Militärstützpunkten unter ihre offizielle militärische Oberhoheit gebracht haben und von dort aus die türkische Armee befehligen, haben ein sehr großes militärstrategisches Interesse an einer stramm linientreuen Türkei. Schon mehrmals hat das Land Aggressionen der USA als Ausgangspunkt oder Basis gedient, es ist ein riesiges Zentrum der Spionagetätigkeit gegen die andere imperialistische Supermacht, die UdSSR, geworden. Man sollte auch daran erinnern, daß Türkesch, der Oberwolf, an dem Putsch von 1960 beteiligt war, der heute ebenfalls als ein Putsch demokratischer Militärs dargestellt wird.

Wer die amerikanischen Praktiken kennt, wer den rücksichtslosen und verbrecherischen Kurs der Politik im Dienste der Wall-Street-Monopole auch nur einigermaßen verfolgt hat, dem wird es leicht fallen, aus der Tatsache, daß die „Information" über den Vollzug des seit langem offen vorbereiteten Putsches zuerst in den USA herauskam, zu schließen, daß einmal mehr die blutigen Hände des amerikanischen CIAs am Werke waren.

Unterstützen wir den Freiheitskampf der Werktätigen in der Türkei gegen die faschistische Generalität! Durchbrechen wir die Lügenpropaganda der westdeutschen Medien! Amis raus aus der Türkei!

Bezeichnende Reaktionen in Bonn

Unterstützung für Evrens Diktatur

Bonn war der Geldgeber der Putschisten

BONN. — Die Reaktionen aller Bundestagsparteien auf die Nachricht aus der Türkei über Evrens Putsch war eindeutig und gleichgerichtet. Überraschend dabei war für denjenigen, der nicht genau über die Hintergründe informiert ist, die Haltung der SPD. Daß die CDU sich für ein solches Regime ausspricht, kennt man ja bereits etwa aus Chile, dem Iran oder Südafrika. Daß aber ein SPD-Minister, wie Matthöfer, im Radio offen von einem „heilsamen Schock" sprechen kann, mag verwundern, wenn man nicht weiß, daß er einer der Drahtzieher dieses Putsches war und ist.

Die Bundesrepublik hatte, auf Verlangen der USA, die Federführung bei der internationalen Hilfe für die türkische Reaktion übernommen, den Großteil des 3-Milliarden-Dollar-Kredits, dessen Bedingungen vom amerikanischen kontrollierten Internationalen Währungsfonds ausgearbeitet wurden, finanziert.

Neben einer Ankurbelung der Wirtschaft, die die türkischen Werktätigen durch eine vom IWF geforderte rücksichtslose Entlassungspolitik und die ständige Abwertung der Türkischen Lira — mit der Folge einer enormen Inflation — bezahlen mußten, stand vor allen Dingen die Modernisierung der türkischen Armee im Vordergrund dieses Kredits.

Nach der breiten Empörung, die die sogenannte Türkei-Hilfe in der Öffentlichkeit ausgelöst hatte, wurde im Bundestag gefordert, die so bezahlten Waffen nicht gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen.

Diese heuchlerische Stellungnahme war angesichts der in aller Offenheit vorbereiteten Putschpläne des Generalstabschefs Evren pure Augenwischerei. Nach der Erklärung Evrens im letzten Dezember wurde nicht nur hier in der Bundesrepublik in gleichgeschaltetem Stil von nahezu der gesamten Presse über rechte und linke Terroristen in der Bundesrepublik selbst geschrieben, und von den Behörden entsprechend gehandelt, sondern auch offen darüber spekuliert, wann denn nun der Putsch stattfinden werde, den man so als etwas völlig normales und logisches darstellen will, der keineswegs sensationell sei.

Ob er nun für einzelne Bonner Politiker überraschend kam oder nicht, es gab ja zweierlei Stellungnahmen, einig war man sich nicht nur darin, daß die Finanzhilfe der Generalsjunta weiterhin zugewilligt werden soll, sondern auch darin, daß es ein notwendiger Putsch gewesen sei — entsprechend auch die ganze, wiederum nahezu gleichgeschaltete Berichterstattung.

Nun hatte es in letzter Zeit verschiedene Anlässe gegeben, bei denen sozialdemokratische Politiker offen ihre Unterstützung für faschistische Regime herausgekehrt hatten. Wischnewski hatte die US-Kriegspolitik in El Salvador unterstützt, die Regierung hatte die Fortsetzung der Finanzhilfen für die bolivianischen Faschisten verteidigt, und auch Südkoreas Militärdiktator Chun hatte von Willy Brandt nur einen Appell an seine „Fairneß" zu befürchten. Aber dabei handelt es sich um Regime, die von den USA-Imperialisten an die Macht gebracht, gestützt und finanziert werden.

In der Türkei ist die Sachlage etwas anders. Nicht was die Rolle der USA betrifft, die die Türkei als ihre Militärkolonie betrachten und dementsprechend handeln. Aber wohl, was die Bundesrepublik betrifft.

Auf Verlangen der USA hin ist es das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, daß eine Bonner Regierung öffentlich einen Militärputsch in einem anderen Land vorbereiten und finanzieren hilft.

Und weil man weiß, daß dies weltweit bekannt ist und auch in unserem Lande bekannt werden wird, deshalb diese breite Verharmlosungskampagne in den Massenmedien, um dann wenigstens behaupten zu können, man habe einen „fortschrittlichen" Militärputsch organisiert, zum Wohle des Volkes sozusagen. Man kennt ähnliche Legenden über sogenannte „Entwicklungsdiktaturen" wie etwa lange Zeit der faschistische Terror des Reza Pahlewi im Iran oder General Parks in Südkorea beschönigt wurde. Jetzt geschieht dies noch viel intensiver, einfach weil die Bonner Verantwortung noch viel größer ist.

Die Bonner Verstrickung in die faschistische Entwicklung der Türkei begann nicht erst mit der offiziellen Führung im Hilfskonsortium, sondern bereits vor Jahren, als der CDU-Politiker Leisler-Kiep als Sonderbeauftragter der Regierung nach Ankara reiste, um als wirtschaftlicher Berater in der Türkei zu arbeiten. Entscheidend wurde sie allerdings erst mit Matthöfers Türkei-Hilfe. Zu einem Zeitpunkt, da außer dem Rüstungsetat alle anderen Staatsausgaben gekürzt werden, da auch die finanziellen Stützungsmaßnahmen für reaktionäre Regime in den Kolonien des Imperialismus sehr sorgsam überdacht werden, wurden der türkischen Armee kolosale Beträge zur Verfügung gestellt. Beträge die offensichtlich gut angelegt sind, haben sie doch ihren offiziellen Zweck, die Lage in der Türkei zu stabilisieren, um das Land in die Lage zu versetzen, seine NATO-Verpflichtungen zu erfüllen, wie es Matthöfer ausdrückte, vorerst erfüllt.

So ist jetzt auch die größte Furcht in Bonn, und ebenfalls im NATO-Hauptquartier in Brüssel die, daß es zu „gewalttätigen Reaktionen auf den Vorgang" kommen könnte, wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtete. Klar gesagt: Es ist die Furcht vor einem Volksaufstand gegen die Generäle.

Wenn ein Mann wie Matthöfer oder auch wie Wischnewski heute ihre Unterstützung für Evren damit beschönigen wollen, daß sie lauthals jedem der es hören oder nicht hören will, verkünden, Evren sei kein Pinochet, dem müßte eigentlich Schamröte ins Gesicht steigen, wenn man an das offiziell verbreitete Zitat Evrens erinnert, das dieser aus Anlaß des Prozesses gegen den 16jährigen Schüler Erdal Eren aussprach. **Terroristen, so der Herr General, müßte man töten, egal ob sie 8 oder 80 Jahre alt seien...**

Die demokratische und antifaschistische Bewegung der Bundesrepublik hat die Pflicht den Werktätigen der Türkei in ihrem Kampf gegen die faschistischen Generale beizustehen, Solidarität zu üben.

Die Unterstützung der SPD/FDP-Bundesregierung für die türkischen Faschisten muß beendet werden! Die Einstellung der Finanzhilfe, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Verurteilung des Putsches müssen gefordert werden!



Schmidt und Matthöfer: Hintermänner des faschistischen Putsches in der Türkei.

Die bevorstehende Wahl des 40. Präsidenten der USA macht in der Tat auf zweierlei Weise besondere Schlagzeilen: Zum einen tritt, zum ersten Mal nach der gewaltigen Wahlschlappe Barry Goldwaters 1964 mit Ronald Reagan wieder ein Kandidat der extremen Rechten innerhalb der Republikanischen Partei zur Wahl an, zum anderen aber müssen alle Kommentatoren feststellen, daß die programmatischen Aussagen Reagans und seines Gegners von der Demokratischen Partei, des amtierenden James Earl Carter, sich so gut wie nicht unterscheiden.

Vor der Wahl in den USA

Reagan gegen Carter — Wall Street zieht die Fäden

Im Süden und im Mittelwesten der USA formieren sich die Faschisten

„Grand Old Party“ der Monopole

Die Kandidatur Ronald Reagans für die Republikanische Partei mobilisiert die Faschisten der ganzen USA ebenso wie die Rassisten des Südens und die reaktionären Großfarmer des Mittelwestens, die christlichen evangelischen Sekten auf dem flachen Lande, wie die Geheimbünde in den Städten. Sein Wahlprogramm ist denkbar einfach und geeignet, alle Reaktionäre der extremsten Spielart zu sammeln: Senkung der Einkommensteuer um 30 Prozent, Senkung der Sozialausgaben um mindestens 25 Prozent, Steigerung des Rüstungsetats um rund 20 Prozent und Steigerung der Beihilfe für die Monopole um rund 40 Milliarden Dollar. Diese Kernpunkte seines Programms zeigen ihn als Kandidat der wildesten Reaktion, arbeiterfeindlich bis auf die Knochen, als Kandidat der Rüstungsindustrie.

Importbeschränkungen, Schluß mit der Entspannungsschreierei, ein starkes, machtvolles Amerika, so wurde es auf dem Wahlkonvent der Republikanischen Partei gesagt. Die Reagan-Leute, so schrieb die Presse, beherrschten diesen Konvent mit 80 Prozent der Delegierten. Wer sind diese Reagan-Leute — und wer sind ihre Gegner innerhalb der Partei? Die Reagan-Leute, das sind jene Kräfte, die bereits in den frühen sechziger Jahren, bei der Kandidatur Goldwaters, mit zum Teil kriegsähnlichen Kämpfen den Apparat der Partei in die Hand nahmen. Goldwaters Mannschaft, zu der als einer der zehn leitenden Kader schon damals Reagan gehörte, umfaßte rund 6000 Aktivisten, von denen sich nach offiziellen amerikanischen Aussagen rund 2500 aus der faschistischen John Birch Society rekrutierten, ebensoviele etwa aus den evangelischen Sekten, nur rund tausend von ihnen hatten schon vorher dem Parteiapparat angehört. Sprecher und Förderer dieser Kräfte ist damals wie heute der US-Senator Jesse Helms. Reagans Mannschaft heute ist noch größer, umfaßt aber im wesentlichen dieselben Männer wie einst Goldwaters Team, der ja selbst zu den stärksten Fürsprechern Reagans gehört, den er großgezogen hat.

Der Gegenflügel wird, für manchen vielleicht überraschend, von den „liberalen Republikanern“ gebildet, die bis vor kurzem unter Führung von Nelson Rockefeller standen. George Bush, früher Vorsitzender der Partei, CIA-Direktor und jetziger Vizepräsidentschaftskandidat, ist ein Mann der Rockefellers, war er doch zwischenzeitlich in verschiedenen Ölkonzernen des Imperiums Standard Oil tätig und auch Mitglied der Rockefellerschen Überregierung „Trilaterale Kommission“.

Die Republikanische Partei, das ist der Grund für diese seltsame Grabenziehung, ist traditionell die Partei der Ostküste gewesen, die von Vertretern der Wall Street beherrscht wurde. Rockefeller, Morgan, Dupont de Nemours — sie alle beherrschten in Wirklichkeit die Geschehnisse dieser Partei, lancierten ihre Kandidaten, bestimmten die Programme.



Zirkus im Vordergrund: Hinter den Kulissen toben innerhalb der Parteien erbitterte Machtkämpfe.

Die Rebellen aus Texas

Die Wall Street, die Zentrale jener größten Finanzmächte, die die Welt je gesehen hat, hatte alle ihre Konkurrenten beiseite gefegt, hatte die Macht der alten, fast aristokratischen Familien der New-England-Staaten aus Boston gebrochen. Aber ihr entstanden neue Konkurrenten, Gruppen von Großkapitalisten, die sich regional zusammenschlossen, um gegenüber Wall Street bestehen zu können. Im Mittelwesten entstand im Gefolge der Eaton and Young Gruppe eine Finanzgruppe, die die Landwirtschaft, vor allem den Weizen, beherrschten und die großen Handelshäuser wie Sears & Roebuck, deren traditionelle Forderung die nach Handelsbeschränkungen ist. Im Süden gelang es einer kleinen Gruppe von Ölkapitalisten in Texas, den Richardson, Murchison und Cullen sowie den berüchtigten Spekulanten Hunt, ihre Selbständigkeit zu wahren. Sie waren es, die bereits 1963/64 fast 80 Prozent des Geldes für die Wahlkampagne Barry Goldwaters spendeten. Sie rebellierten offen gegen die Rockefellersche Parteiführung, die sie als prokommunistisch bezeichneten.

Und sie gewannen einen Verbündeten, der neue Macht bedeutete, der auch heute hinter Reagan steht: den Gianini/Kaiser-Clan, dessen mächtige Bank of America heute in der Rüstungsindustrie Kaliforniens die erste Geige spielt und über rund drei Viertel der kalifornischen Landwirtschaft gebietet.

Sie rebellierten gegen die Führung der Republikanischen Partei, weil deren Außenpolitik, die auch zur Zeit von Präsidenten der Demokratischen Partei von Republikanern maßgeblich bestimmt war, im Sinne der Wall Street durchgeführt wurde, und diese sah keine Gründe für Importeinschränkungen und Antigewerkschaftsgesetze, wie sie von den Neureichen gefordert wurden. Heute repräsentiert Reagan diese Kräfte. Aus seiner Zeit als Gouverneur von Kalifornien ist er vor allem mit der Bank of America eng verbunden.



George Bush, früher CIA-Direktor und Rockefellers Mann in Reagans Mannschaft.

Zwei Kandidaten, ein Programm

Aber auch das Wahlprogramm der Demokratischen Partei mit ihrem Kandidaten Jimmy Carter setzt keine Alternative. Was Aufrüstung und die verstärkte staatliche Hilfe für die Monopole betrifft, so sind die Programme identisch. Die einzigen Unterschiede schließlich beruhen auf Stimmenfangtaktiken für die Wahl. Auch die Demokratische Partei, ursprünglich Repräsentant der Bostoner Grand Families und der Reichen der Südstaaten, ist in zwei Flügel gespalten. Der sogenannte konservative Flügel, den Jimmy Carter vertritt, und der „liberale“ Flügel um Kennedy. Dieser hat nun, um die Unterstützung der AFL-CIO-Gewerkschaften zu behalten, gegen Carters Willen, der ja die sozialen Ausgaben in den letzten Jahren gekürzt hatte, ein Sozialprogramm verabschiedet, das jenem Lyndon Johnsons in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entspricht, ausgearbeitet, um die Unruhen vor allem unter den nationalen Minderheiten zu besänftigen.

Diese verschiedenen Flügel beider Parteien, die oft mit der entsprechenden Strömung der anderen Partei mehr gemeinsam haben als mit der Konkurrenz in den eigenen Reihen, sind daraus entstanden, daß diese beiden Parteien, die faktisch laut Gesetzen die einzigen wirlich legalen Parteien sind, in den jeweiligen Bundesstaaten die nahezu absolute Macht an sich rissen, so daß sich die Widersprüche innerhalb der Parteien selbst entwickeln mußten.

So ist die Tatsache, daß sogenannte konservative Repräsentanten aus beiden Parteien als Kandidaten zur Präsidentschaft dastehen als Ergebnis der Tatsache zu werten, daß die amerikanischen Milliardäre, die den politischen Kurs bestimmen, insgesamt eine schärfere Gangart einschlagen.

Beschränkungen als Dutzendware

Wie so viele kapitalistische Staaten werden auch die USA als eine parlamentarische Demokratie reinsten Wassers dargestellt, wo jeder kandidieren kann, der möchte.

Die Tatsachen sehen allerdings anders aus. Das ganze Wahlsystem und Wahlrecht der USA ist auf diese beiden Parteien zugeschnitten. In den einzelnen Bundesstaaten gibt es verschiedenste Einschränkungen für die Wahlfreiheit. So muß zum Beispiel eine neue Partei in Ohio, wenn sie sich an den Wahlen beteiligen will, die Stützungsunterschriften von mindestens 15 Prozent der Wähler, die an der letzten Wahl teilgenommen haben, vorweisen, um die Erlaubnis zu bekommen. In mehreren Staaten ist es sogar gesetzlich verboten, für die Wahl des Präsidenten, die ja über Wahlmänner geschieht (jeder Staat hat so viele Wahlmänner zu stellen, wie er Abgeordnete und Senatoren hat), andere Wahlmännerlisten aufzustellen als jene der beiden großen Parteien. So konnte zum Beispiel die Kommunistische Partei der USA zu ihrer stärksten Zeit, in den dreißiger Jahren, nur in 40 Bundesstaaten zur Präsidentenwahl antreten, in den anderen wurde sie aufgrund gesetzlicher Beschränkungen nicht zugelassen.

Für jeden Staat tritt jene Liste an, die bei den Wahlen die relative Mehrheit errungen hat. So kann, selbst bei einem Zweiparteiensystem, ein Präsident sogar noch mit der Minderheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden, wie es 1888 der Fall war. Wie passend dieses System den Reichen im Lande ist, zeigt am deutlichsten wohl die Wahl von Eisenhower 1956 gegen Stevenson. Eisenhower errang mit 35,3 Millionen Stimmen 457 Republikanische Wahlmänner, während Stevenson, mit immerhin 26 Millionen Stimmen ganze 74 Demokratische Wahlmänner auf sich vereinigen konnte.

Kräfte werden umgruppiert

Die heutige Situation in den USA aber führt zu einer offensichtlichen allmählichen Umgruppierung der Kräfte. Während die Werktätigen, die unter einer Inflationsrate von über 13 Prozent leiden und, nach Berechnungen der Gewerkschaften, rund 11 Millionen von ihnen in Wirklichkeit ohne Arbeit sind, gilt die Sorge der Politiker natürlich nur der Lage der Monopolkapitalisten, die sich lauthals beklagen.

Die tiefe wirtschaftliche Krise, die vor allem Stahl- und Automobilindustrie erfaßt hat, führt zu einer Umgruppierung in den Reihen des Monopolkapitals. Diejenigen großen Finanzgruppen, deren Kapital sehr stark in diesen Branchen investiert ist, schlagen sich zunehmend auf die Seite der Importrestrikteure aus dem Mittelwesten. Das betrifft auch solche Gruppen aus der Wall Street, die traditionell gegen den Mittelwesten vorgegangen sind, wie die Dupont Nemours, deren Flaggschiff General Motors ebenso Rückschläge hinnehmen muß wie Ford, die sich lautstark zum Fürsprecher eines Handelskrieges machten, wie auch die Morgans, die auch in der Automobilindustrie, vor allem aber im Stahl ihre Milliarden scheffeln.

Dieser Umgruppierung der Kräfte versuchen beide Parteien durch verschiedene Änderungen ihrer vorher angekündigten Programmpunkte in ihrer Wahlplattform zu entsprechen. Während Reagan trotz wilder Kriegsdrohungen aufgrund des Wunsches seiner mittelwestlichen Geldgeber das Cartersche Getreideembargo gegen die UdSSR aufheben will, verspricht Carter jetzt allein für 1981 runde 16 Milliarden Dollar an staatlichen Hilfen für die Monopole.

Dem gemeinsamen Ruf aller dieser großen Finanzgruppen nach mehr Rüstung folgen ohnehin beide Kandidaten. Denn sowohl die Wall-Street-Monopole, als auch die Kalifornier haben enorme Rüstungsinteressen, und auch die Gruppen aus Mittelwest investieren zunehmend in dieser Branche, die so gewaltige Profite verspricht.

Die Überregierung

Die wesentlichen politischen Entscheidungen in den USA fallen keineswegs in Kongreß oder Senat. Von allen Entscheidungen der USA in diesem Jahrhundert, Kriege zu beginnen oder in laufende Kriegshandlungen einzutreten, wurde die „Volksvertretung“ erst im Nachhinein informiert. Der Präsident entscheidet dies, beziehungsweise der Kreis seiner „Helfer“.

Da ist zum einen der nationale Sicherheitsrat, der aus der Generalität, den Geheimdiensten und den Vertretern der großen Monopole gebildet wird. In den ersten zwanzig Jahren nach dem Krieg hatten die Rockefeller-Leute darin stets die absolute Mehrheit der Stimmen, heute haben sie immer noch die Mehrheit in allen solchen Gremien.

Zum anderen, als gemeinsame Plänefabrik der Monopole wichtiger, die nationale Sparte der sogenannten „Trilateralen Kommission“, jenes weltweiten politischen „Aussprachekreises“, den Nelson Rockefeller 1972 gründete (zur ersten Konferenz war damals Karl Carstens anwesend) und der Vertreter aller wichtigen US-Organisationen umfaßt.

Mitglied der Trilateralen sind unter anderem eben George Bush, der Kandidat der Republikanischen Partei für die Vizepräsidentschaft, Henry Kissinger, außenpolitischer Berater Ronald Reagans, Zbigniew Brzezinski, sicherheitspolitischer Berater Jimmy Carters, Carter selbst, verschiedene Führer beider Parteien und Gouverneure großer Staaten — wie etwa der von New York oder Texas, aber auch Lane Kirkland, der jetzige AFL-CIO-Vorsitzende (der seit 1972 Mitglied ist) oder auch einige Vertreter der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der ehemalige UNO-Botschafter Andrew Young sowie Cyrus Vance, der zurückgetretene Außenminister.

Hier wird die Strategie der amerikanischen Monopole auf Weltebene besprochen und bestimmt, hier sitzen die Großkapitalisten selbst — der heutige Vorsitzende ist David Rockefeller.

Hier sitzen jene Leute, die über sämtliche Massenmedien der USA befehlen, von denen ein Kandidat völlig abhängig ist. Goldwater, als er 1963 über den Rockefeller-Flügel der Republikaner gesiegt hatte, sah sich mit einem Mal dem konzentrierten Trommelfeuer der drei größten Fernsehstationen der USA gegenüber, deren Großaktionär die Rockefeller-Foundation ist, und deren Chef kurz nach der Niederlage in der eigenen Partei ein gemeinsames Wochenende mit dem Kandidaten der Demokraten, Lyndon B. Johnson, verbracht hatte...

Für wen sich die Monopolkapitalisten schließlich entscheiden werden, und vieles spricht dafür, daß Wall Street, entgegen anderen Behauptungen, immer noch für Jimmy Carter ist, ist aber angesichts dieser Sachlage noch viel weniger wichtig als bei anderen Wahlen.

Beide Kandidaten sind mit einem so reaktionären Wahlprogramm angetreten, wie es sie lange in den USA nicht gab. Reagans Kandidatur dient auf jeden Fall dazu, die faschistischen Kräfte in USA zu mobilisieren — vor 16 Jahren lag Goldwaters Potential bei 25 Millionen Stimmen.

Für die Werktätigen bedeutet beides verschärfte Ausbeutung und beschleunigte Militarisierung. Beide Kandidaten präsentieren sich auf Befehl der Monopole als harte Kandidaten, beide faseln abenteuerlich über Atomstrategien. Die Werktätigen Amerikas sind es, die diesem Kurs auf Krieg, der immer noch von der Wall Street angetrieben wird, entgegentreten müssen.

Duogynon-Verbrechen bleiben ungesühnt?

Keine Anzeige gegen Schering

Neuer Schering-Skandal in Berlin?

Die Berliner Staatsanwaltschaft beabsichtigt, das Verfahren gegen den Pharmakonzern Schering AG im Zusammenhang mit dem Duogynon-Skandal einzustellen. Die Interessengemeinschaft Duogynongeschädigter Kinder unterrichtete in der letzten Woche die Presse von dieser Absicht, für die bisher keine Begründung vorhanden ist.

Gegen den Schering-Konzern war wegen gefährlicher Körperverletzung, fortgesetzter fahrlässiger Tötung sowie wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz Anzeige erstattet worden. Indem Schering jahrelang mit dem ungenügend bekannten Hormonpräparat Duogynon Geschäfte machte, verursachte er Tausende von Kindesmißbildungen. Dieses ungeheuerliche Verbrechen soll nun ungesühnt bleiben.

Duogynon wurde Frauen ursprünglich bei Regelstörungen und zum Schwangerschaftstest verschrieben. Lähmungen, Wasserköpfe, offene Rücken, Hasenscharten und Klumpfüße bei Neugeborenen waren häufig die Folge der Einnahme des Medikaments während der Schwangerschaft. Nach Angaben der Interessengemeinschaft sind in der Bundesrepublik rund 500 und in Großbritannien 800 Kinder bekannt, deren Mißbildungen vermutlich auf das Hormonpräparat zurückzuführen sind.

Inzwischen wurde der Name Schering im Zusammenhang mit einem neuen Pharma-Verbrechen genannt. Elf Frauen beschuldigten in der letzten Woche in Westberlin drei Ärzte der Charlottenburger Universitätsfrauenklinik, sie ohne ihr Wissen mit einem Medikament behandelt zu haben, das sich noch in der klinischen Erprobung befindet, und damit gegen das Arzneimittelgesetz verstoßen zu haben.

Das von der Firma Schering entwickelte Mittel mit dem Namen Sulproston wird zum Schwangerschaftsabbruch verwendet. Dabei können nach bisherigen Erkenntnissen nach der Injektion Nebenwirkungen wie Übelkeit, Erbrechen und Bauchbeschwerden auftreten. Gegen die Ärzte ist Anklage erhoben worden.

Der Kommentar zum Wahl-Hirtenbrief der Bischöfe



Unverkennbarer Arsch



Man sollte meinen, daß zwischen einem menschlichen Gesicht und einem menschlichen Gesäß ein solch deutlicher Unterschied besteht, daß eine Verwechselung ausgeschlossen erscheint —, aber auch hier gibt es Ausnahmen, wie uns die Wirklichkeit belehrt.

In München wurde in der letzten Woche ein Studentenblatt beschlagnahmt. Das Blatt setzte sich ausführlich mit dem Kanzlerkandidaten Strauß auseinander und druckte in diesem Zusammenhang eine Zeichnung des Grafikers Guido Zingerl ab. Die Zeichnung stellt eine Figur dar, die anstelle eines Kopfes ein Gesäß hat.

Die Ähnlichkeit muß verblüffend gewesen sein, denn der Justizpressesprecher erklärte gegenüber einer Zeitung: „Die Staatsanwaltschaft ist der Auffassung, daß kein Zweifel besteht, wer als Gegenstand der Zeichnung zu bezeichnen ist."

Auch Strauß selbst erkannte sich wieder und ließ eine Beleidigungsklage einreichen.

Jesuitische Zensur

Was hat der Papst Johannes Paul II, alias Wojtyla, mit der schönen Helena zu schaffen? Mehr als man denkt.

In der Bonner Aufführung der Oper „Die schöne Helena" kniet der Darsteller des Paris bei Ankunft in Griechenland nieder und küßt den (Bühnen-) Boden. Daran nahmen die führenden Katholiken Bonns Anstoß. Sie fanden sich an ihren Papst erinnert, der ja auf seinen zahlreichen Reisen die fotogene Gepflogenheit entwickelt hat, bei Ankunft in einem neuen Land niederzuknieen und den Boden zu küssen. Die Geste des Papstes, so die Katholiken, werde durch die Oper veruklt.

Sind die katholischen Kritiker Opfer ihrer überhitzten Phantasie oder überreizter Nerven geworden? Der Generalintendant der Bonner Oper empfahl ihnen weder einen Nervenarzt noch ein Beruhigungsmittel, sondern strich die beanstandete Bühnenhandlung aus dem Programm. Er beugte sich der jesuitischen Zensur.

Steuerverschwendung

Amtszimmer für 88 000 Mark

Wer hat, dem wird gegeben. Für 88 000 Mark hat der Präsident des Bundesgerichtshofes, Gerd Pfeiffer, sein Amtszimmer einrichten und renovieren lassen, obwohl ihm dafür lediglich 8 000 Mark bewilligt worden waren. Für 15 000 Mark einen Schreibtisch, für 22 000 Mark eine Sitzgruppe, für 34 000 Mark eine Trennwand usw. — um Einfälle, wie das Geld der Steuerzahler zu verbraten war, war der oberste Straf- und Zivilrichter der Bundesrepublik nicht verlegen.

Daß er bei seiner Verschwendungsaktion eklatant gegen die haushaltsrechtlichen Bestimmungen, die Gesetzescharakter haben, verstieß, störte den schwarzrotgoldenen Chefrichter nicht. Für Richter seiner Position gelten andere Gesetze. Außerdem erfreut er sich in dieser Sache der vollen Rückendeckung durch den Bundesjustizminister Vogel.

Pfeiffer rechtfertigt sich übrigens damit, daß irrtümlich zu wenig Geld für die Ausstattung des Amtszimmers beantragt worden sei. Wäre gleich der endgültige Betrag von 88 000 Mark angefordert worden, wäre er auch bewilligt worden....



Ein in Szene gesetztes Brecht-Gedicht: Ausschnitt aus dem „Anachronistischen Zug".

Zensur in Bayern

Mit Auflagen gegen den „Anachronistischen Zug"

Bereits 1979 wurde das Brecht-Gedicht „Der anachronistische Zug" anläßlich der Wahl des SA-Mannes Carstens zum Bundespräsidenten als eine Art Straßentheater-Umzug aufgeführt; anläßlich der Bundestagswahl nun soll der Zug durch ganz Westdeutschland „rollen", von Sonthofen über Kiel nach Bonn. 1979 ist der Zug polizeilich gemaßregelt worden, und heute übertreffen die Schikanen bereits alles. Erkennbar ist die Absicht: Der Zug soll ganz verhindert werden.

Da der Zug zuerst durch Bayern führt, haben 28 Kreisverwaltungen des Freistaates Auflagenbescheide vorbereitet und aufeinander abgestimmt. Das Landratsamt Oberallgäu hat den Bescheid bereits dem Komitee „Brecht statt Strauß" , das den Zug organisiert, zugestellt. Die relative Freiheit, die Kunstwerke und Kunstvorführungen in diesem Land noch genießen, ist für die Zensoren Luft; sie erklären den „Anachronistischen Zug" zur Demonstration, um so mit der vollen Wucht des Versammlungsrechtes auf ihn einschlagen zu können.

Nach den Bescheiden müssen zuerst Sachverständige des TÜV die 30 Fahrzeuge auf ihre Tauglichkeit überprüfen. Der Durchmesser der Transparentstangen darf zwei Zentimeter nicht überschreiten. Untersagt ist das Tragen von Bundeswehr-Uniformen, SA- und SS-Uniformen und NS-Abzeichen. Der Hitlerkopf darf nicht gezeigt werden, und Attrappen von Waffen müssen sofort als solche erkennbar sein. Der Lautsprecherbetrieb muß „ortsüblich" sein. Masken dürfen nur getragen werden, sofern die szenische Darstellung von „Freiheit und Demokratie" es erforderlich macht.

Insbesondere das in den Auflagebescheiden ausgesprochene Uniformverbot sowie das Verbot der Benutzung von NS-Symbolen soll die Aufführung des Brecht-Gedichtes unmöglich machen. Das Komitee „Brecht statt Strauß" will jedoch die geplante Aufführung auf jeden Fall durchführen. „Egal wie, der Zug wird stattfinden, auch wenn man alles wegzensiert."

In seinem Gedicht aus dem Jahre 1947 geißelt Bert Brecht die politische Entwicklung in Westdeutschland: Hier war nicht nur kein Bruch mit der faschistischen Vergangenheit erfolgt, sondern das braune Raub- und Mordgesindel und seine Hintermänner, Nutznießer und Sympathisanten hatten sich wieder häuslich eingerichtet und betrieben jetzt die Staats-Firma unter dem Aushängeschild „Freiheit und Demokratie". — „Freiheit und democracy" nannte Brecht demnach sein Gedicht über den anachronisischistischen Zug, und es ist heute so brennend aktuell wie vor 33 Jahren. In der Bundesrepublik ist der braune Schmodder bis in das höchste Staatsamt hochgequollen, und das, was heute dem Brecht-Gedicht und seiner künstlerischen Anwendung von offizieller Seite widerfährt, mutet an wie eine Fortsetzung der Horrorbilder aus dem „Anachronistischen Zug".



Sonntag, 21. September, 22.05 Uhr, ARD
Die Milliardenbauern. Film über den Agrarmarkt der Europäischen Gemeinschaft.

•

Montag, 22. September, 17.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Der Untertan. Spielfilm von Wolfgang Staudte nach dem gleichnahmigen Roman von Heinrich Mann. Der Film ist eine ätzende Satire auf den ebenso erbärmlichen wie gemeingefährlichen Typ des untertanenseligen Bourgeois im wilhelminischen Deutschland. Der 1951 in der DDR gedrehte Film war bis 1958 in der Bundesrepublik verboten.

•

Montag, 22. September, 20.15 Uhr, West III
Kindererziehung im Kindertheater. — Der Film beschäftigt sich mit den Theatergruppen „GRIPS", „Rote Grütze" und anderen.

•

Dienstag, 23. September, 16.30 Uhr, ARD
Mosaik — „Der Durst ist erheblich". Gespräch mit Bergleuten und **Max von der Grün.** — Max von der Grün, Verfasser von „Stellenweise Glatteis" und „Flächenbrand", hat selbst jahrelang unter Tage gearbeitet. In dem Film liest der Schriftsteller unter anderem auch eine Geschichte.

•

Dienstag, 23. September, 21.45 Uhr, West III
Düren — Kemals Duldung. — Film von Thomas Giefer über die Probleme von Ausländern, deren Asylantrag abgelehnt und denen vorerst nur eine „Duldungsbescheinigung" auf Zeit ausgestellt wurde.

•

Donnerstag, 25. September, 20.15 Uhr, ARD
Bewältigte Vergangenheit? KZ-Gedenkstätten heute. Ein Bericht von Ernst Klinnert.

•

Freitag, 26. September, 20.20 Uhr, ZDF
Aspekte. Geplant: **Afrikanische Literatur** — ihre Probleme und Inhalte. Vorgestellt werden zwei afrikanische Autoren.

•

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **Bochum,** Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel. 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 68, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.